

## II. Politische Diskursproduktion in Krisenzeiten

---

Kernanliegen der vorliegenden Arbeit ist es zu ermitteln, inwiefern sich vor dem Hintergrund krisenhafter Ereignisse am Beispiel Spaniens neue politische Diskursräume und Wissensverhältnisse konstituieren beziehungsweise materialisieren und in welcher Form von der Herausbildung eines Kollektivs im Sinne von Latour gesprochen werden kann. Folgende Fragen werden hierbei (insbesondere für die inhaltliche Analyse, respektive Feinanalyse) als Leitfragen dienen:

- Welche (politischen) Diskursrealitäten (re-)konstruieren sich?
- Welche Materialisierungsprozesse erfolgen oder wirken auf die Realitäten ein (Stichwort >andere< Wissensverhältnisse)?
- Welche Rolle spielen die beteiligten Akteure und in welcher (Handlungs-)Form konstituieren sie sich?
- Wie verändern oder aktualisieren sich (repräsentative) Kollektive?

Um die Selektion relevanter Diskursstränge begründen und die Situierung der zu untersuchenden (Aussage-)Ereignisse und Kollektivformationen erläutern zu können, werden im Rahmen der formalen Vorarbeit zunächst allgemein krisentheoretische Grundlagen erläutert sowie in konkrete gesellschaftliche und soziokulturelle Krisenkontakte für die Analyse eingeführt. Letzteres ebenergerade auch, um die nachfolgend diskursanalytisch untersuchten Dynamisierungs- und Aktualisierungsprozesse der öffentlichen Sagbarkeitsfelder des spanischen politischen Diskurses und seiner Kollektivakteure im Foucault'schen Sinne in einem gesellschaftlichen (Materialisierungs-)Kontext verorten und sie nachvollziehen zu können.

## 1. Das Paradigma der Krise und verschiedene Typisierungen

Zunächst ist festzustellen, dass der Verweis auf einen gesellschaftlichen Zustand der Krise oder die öffentliche Referenz auf einen Zustand der dauerhaften Krisenverfasstheit in jüngster Zeit immer stärker wahrgenommen wird, wir »in einer Zeit [leben], in der scheinbar alle Lebensbereiche krisenhaft geworden sind« (Kohlrausch/Schoeß/Zejnelovic 2018: 7). Trotz der in Teilen inflationär anmutenden Verwendung des Begriffs Krise misslingt eine Präzisierung dessen, was mit Krise eigentlich gemeint bzw. beschrieben werden sollte.<sup>1</sup> Stattdessen »[h]at sich die alte Kraft des Begriffs, unüberholbare, harte und nicht austauschbare Alternativen zu setzen [...] in die Ungewissheit beliebiger Alternativen verflüchtigt« (Koselleck 1982: 649).

Es schwingen demnach verschiedene Prämissen im Umgang mit dem Konzept Krise mit: So erweist sich die ursprüngliche klassische Krisedefinition als Entscheidungsmomentum zwischen klar definierten Bereichen als nicht mehr ausreichend. Koselleck (1982) zeigt auf, dass *Krise* im klassischen Gebrauch insbesondere als medizinische, aber auch juristische oder theologische (Zustands-)Beschreibung semantisch geprägt wurde und sich hierbei auf harte Alternativen zwischen Leben und Tod, Recht und Unrecht oder Heil und Verdammnis bezog (vgl. ebd.: 617). Erst ab dem 17. Jahrhundert kann ausgehend vom medizinischen Kontext eine metaphorische Ausweitung des Begriffs auf andere gesellschaftliche Teilbereiche wie Politik, Ökonomie oder Psychologie festgestellt werden (vgl. ebd.: 617). So handelt es sich

»bei der Krise als Krankheit sowohl um den beobachtbaren Befund wie auch um das Urteil (judicium) über den Verlauf, der an bestimmten Tagen zur Entscheidung treibt, ob der Kranke überlebt oder stirbt. [...] Es ist ein Verlaufsbe- griff, der [...] auf eine Entscheidung zuführt. Er indiziert jenen Zeitabschnitt, in dem die Entscheidung fällig, aber noch nicht gefallen ist.« (Ebd.: 619)

Ausgehend von dieser Prägung muss in einer Krisenphase eine Entscheidung getroffen beziehungsweise der Krisenzustand reguliert werden. Ziel ist es dann, einen angenommenen Normalzustand wieder herzustellen. So ist das Vorgehen, »[e]inem Geschehen die Fieberkurve der Krise zu unterlegen [...]

---

<sup>1</sup> Gentili (2020) hält entgegen, dass eine vermeintliche semantische Vagheit des Begriffs *Krise* kein unmittelbares Indiz für dessen inflationär-vielseitige gegenwärtige Verwendung, sondern ein Beleg für dessen höchsteffizientes Wirken als Dispositiv sei (vgl. Gentili 2020: 102).

[,] immer schon eine Antwort auf die bedeutend unerträglichere Krise der fehlenden Unterscheidung« (Steier 2018: 44). Diesen Normierungs- oder lösungsorientierten Regulierungsmechanismus, der mit der Denomination einer Krise einherzugehen scheint, sieht auch Jürgen Habermas insbesondere mit Blick auf die Rückkopplung zwischen Krisen- und Subjektkonstitution bestätigt. So wird nach Habermas mit der Ankündigung einer Krise

»die Vorstellung einer objektiven Gewalt [verbunden], die einem Subjekt ein Stück Souveränität entzieht [...]. Indem wir einen Vorgang als eine Krise begreifen, geben wir ihm unausgesprochen einen normativen Sinn: die Lösung der Krise bringt für das verstrickte Subjekt eine Befreiung.« (Habermas 1973: 11)

Allerdings ist Krise nicht mehr nur als punktuelles, sondern – wie bereits bei Koselleck angedeutet – seit der Moderne als mehrschichtiges, vielseitig verzahntes und allgegenwärtiges gesellschaftliches Phänomen zu verstehen (vgl. Mergel 2012: 11). Die Lösungswege verweisen durch die ›Beliebigkeit der Alternativen‹ auf ein seit dem 19. Jahrhundert gewachsenes Kontingenzbewusstsein einer modernen Welt, deren Struktur nicht mehr in hierarchisch organisierten Ontologien gedacht wird, sondern eine alltägliche Realität evolviert, die verhandelbar ist und somit auch ›anders‹ sein könnte (vgl. Koschorke 2018: 32).<sup>2</sup>

In ihrer Herausforderung bzw. Abweichung von einem angenommenen Normalzustand und einer darüber vermittelten Kontingenzerfahrung liegt auch ein produktives Potenzial von Krisen, da sie in dieser Funktion gegebene Selbstverständlichkeiten in Frage stellen und zu einer Neuordnung verleiten (vgl. Mergel 2012: 12). Diese produktive Stilisierung von Krisen als notwendiger Anreiz ist vor allem für das westliche Verständnis einer linearen Fortschrittsgesellschaft prägend, die krisenhafte Situationen zwischen Prozessen der Erneuerung und des Verfalls in einer steten Weiterentwicklung austariert

---

2 Vor diesem Hintergrund ist mit Krise ein Umbruch indiziert, der ex post als prozessuale Bestimmungsgröße für historische Zeit bzw. die Klassierung historischer Epochen fungiert (vgl. Koschorke 2018: 24, vgl. Koselleck 1982: 627).

(vgl. Beck/Knecht 2012: 67).<sup>3</sup> So verleiten Krisen »immer in besonderem Maße zur Explikation des Gegebenen *und* des Neuen« (ebd.: 69; Herv.i.O.).

Aus diesem Zusammenhang leitet Reinhart Koselleck die enge Verwobenheit von Krise und Kritik ab,<sup>4</sup> wonach »die Krise eine Tochter der Kritik [ist]. Sie kommt aus der Subversion des Selbstverständlichen durch die Einführung neuer Denkmöglichkeiten« (Mergel 2012: 13). In ihrem Potenzial der Irritation bestimmter Ordnungsverhältnisse wirken Krisen folglich produktiv. Sie bergen aus machtpolitischer Sicht ein mitunter widerständisches, in jedem Fall aber herausforderndes Potenzial:

»Krisen irritieren Verhältnisse von Ordnung und Unordnung, von Begrenzungen und Handlungsmöglichkeiten, von Unsichtbarkeit und Sichtbarkeit und funktionieren wie Inkubatoren von Reflexion und Diskursivität.« (Beck/Knecht 2012: 69)

So evoziert eine Krisensituation zum einen das Bedürfnis nach angepassten Kommunikations- und Diskursstrategien und zum anderen die Legitimation verschiedener Handlungsweisen und Reaktionen (vgl. Meyer/Patzel-Mattern/

- 
- 3 Auch Ulrich Beck betont das produktiv-stimulierende Potenzial von Krisen. Er weist allerdings für die gegenwärtige Gesellschaft die Annahme einer linearen und zielgerichteten Abfolge zugunsten einer »Metamorphose« [...], die etwas Neues erschafft[, dessen Art wir noch nicht abzuschätzen vermögen« (Lutz 2018: 9), zurück. Beck führt die These – einer fundamentalen Rekonfiguration der (globalen) Gesellschaften – in seinem posthum erschienenen Buch *Die Metamorphose der Welt* (Beck 2017) aus. Hierin entsagt er einer linearen und lokal wie temporal beschränkten Krisenrealität und konstatiert stattdessen die Gleichzeitigkeit und Verwobenheit globaler Missstände (z.B. Armut, Hunger), die als »empörendes politisches und moralisches Versagen öffentlich kommuniziert [werden]« (Beck 2017: 32). Gerade dieses öffentlich sichtbare Anprangern von miteinander verwobenen Missständen und Katastrophen kann nach Beck ein »Weltbewusstsein« (ebd.) katalysieren, das in dem Verweis auf krisenhafte Missstände als Ausgangs- und Anreizpunkt für ein (utopisch-kosmopolitisches) Denken und Gestalten einer völlig neuen, re-konfigurierten Welt und sozialen Ordnung dienen könne (vgl. Lutz 2018: 37ff.). So ist die Metamorphose im Beck'schen Sinne »eine Form der Veränderung der Formen menschlichen Daseins. Sie läutet das Zeitalter der Nebenfolge ein. Sie stellt unsere Art des In-der-Welt-Seins, unser Weltbild und unsere Art, Politik zu betreiben, infrage« (Beck 2017: 35).
- 4 Das führt Koselleck auf Basis der etymologischen Rückführung auf das griechische Verb *krinein* aus: »»Krisis« bedeutet aber auch ›Entscheidung‹ im Sinne der Urteilsfindung und der Beurteilung, was heute in den Bereich der Kritik fällt. Die später getrennten Sinnbereiche einer ›subjektiven‹ Kritik und einer ›objektiven‹ Krise wurden also im Griechischen noch vom selben Wort abgedeckt« (Koselleck 1982: 618).

Schenk 2013: 10). Dadurch ermöglicht ein im Rahmen einer Krise geschaffenes (Macht-)Vakuum durch den mit ihr verknüpften Neuordnungsprozess auch diskursive und machtpolitische Verschiebungen. So treten »konkurrierende Deutungsmuster und Sprechformen auf den Plan. [...] Krisen sind mit hin immer auch Krisen von Repräsentation« (Mergel 2012: 16).

Darüber hinaus handelt es sich bei Krisen um abstrakte Phänomene, die in Form eines Narrativs sowohl einer Diagnose als auch Vermittlung bedürfen. Damit können sie bis zu einem gewissen Grad von einer Sprecherseite funktionalisiert werden (vgl. Kohlrausch/Schoeß/Zejnolovic 2018: 8).<sup>5</sup>

Vorläufig kann also festgehalten werden: Das Konzept Krise beschreibt einen Moment des Umbruchs beziehungsweise Einbruchs von etwas Unvorhersehbarem, das den Mensch beziehungsweise die Gesellschaft in eine Situation der Unsicherheit versetzt, deren Ende zunächst offen bleibt (vgl. Meyer/Patzel-Mattern/Schenk 2013: 9).<sup>6</sup> Gleichermaßen ist eine gewisse Zeitlichkeit indiziert, werden Krisen als dauerhafte Möglichkeit der systemischen Reizung verstanden, die immer wieder die Infragestellung gesellschaftlicher Bereiche erwirkt (vgl. Mergel 2012: 13). Gerade in dieser Regelmäßigkeit liegt auch – neben einem produktiven – ihr außergewöhnliches bis bedrohliches Potenzial:

»Existenzen stehen in Frage, Selbstverständlichkeiten sowieso, wenn die Krise heraufzieht. Die Krise macht immer wieder deutlich, wie fragil das fragile Gebilde ist, das wir Gesellschaft nennen.« (Ebd.: 14)

Welche spezifischen Merkmale für wirtschaftliche und politische Krisen relevant sind, wird im Folgenden näher erläutert.

- 
- 5 Dieser Aspekt wird im Zusammenhang von Krise und Diskurs nachfolgend noch einmal näher erläutert.
- 6 Nicht jeder (systemische) gesellschaftliche Wandel indiziere laut Habermas automatisch eine Krise (vgl. Habermas 1973: 12). Die Wahrnehmung eines Vorgangs als krisenhaft sei laut Habermas abhängig von einem bedrohlichen subjektiven Empfinden der betroffenen Gesellschaftsmitglieder: »Erst wenn die Gesellschaftsmitglieder Strukturwandelungen als bestandskritisch *erfahren* und ihre soziale Identität bedroht fühlen, können wir von Krisen sprechen« (ebd.: 12; Herv.i.O.). In diesem Zusammenhang weist Habermas darauf hin, Krisen und ihre Auswirkungen sollten aus Sicht der Sozialwissenschaften als systemische und soziale Vorgänge erfasst bzw. beschrieben werden (vgl. ebd.: 13).

## 1.1 Wirtschaftliche Krisen und politische Krisen

Der Begriff Krise ist in einem ökonomischen Sinne für den deutschen Sprachgebrauch seit Mitte des 19. Jahrhunderts lexikalisch nachweisbar (vgl. Koselleck 1982: 623). Er wurde vor allem in Zeiten von Hunger und Armut gebraucht, um nationalökonomische Verteilungskämpfe (Umverteilung von Produktivkräften) zu bezeichnen (vgl. Nützenadel 2012: 48f.).<sup>7</sup> Aus der systemischen Umstellung auf eine kapitalistische Wertschöpfung und der zunehmenden wirtschaftlichen Interdependenz erwuchsen im 19. Jahrhundert aus nationalen auch weltweite Krisen (vgl. Koselleck 1982: 641). Der Begriff ist also von jeher eng verwoben mit gesellschafts- und geschichtstheoretischen Deutungen. So diente er primär der Benennung der »Herausforderungen des Jahrhunderts« (ebd.: 643). Insbesondere in dieser Rückkopplung zwischen Ökonomie und Gesellschaft wird zudem deutlich, dass ökonomische Krisen zunächst einer gesellschaftlichen Situierung bedurften und gleichermaßen zielorientiert als notwendiger Prozess bzw. als »Sprosse auf der Leiter des Fortschritts« (ebd.: 644) verstanden wurden.

In der gegenwärtigen Ökonomie sind Krisen nicht automatisch mit einem genuinen Fortschrittsdenken verknüpft. Zudem ist die Auseinandersetzung mit Krisen kein fester Bestandteil ökonomischer Analysen (vgl. Nützenadel 2012: 48). Der Krisenbegriff wird für Analysen veränderter ökonomischer Verhältnismäßigkeiten erst in Rückkopplung an soziale bzw. gesellschaftliche Veränderungen anwendbar. So betreffen ökonomische Krisen in erster Linie

---

7 Unter anderem Marx und Engels sahen im Aufkommen von Krisen das entscheidende produktive Potenzial zum revolutionären Sturz des kapitalistischen Systems (vgl. Nützenadel 2012: 49). So zeigt sich im *Kapital* – dem ökonomischen Hauptwerk von Marx und Engels –, dass immanente Widersprüche im kapitalistischen System zyklisch immer wieder neue Krisen evozieren, mit dem prognostizierten Ziel, irgendwann selbst das dem Zyklus ursprüngliche System zu sprengen (vgl. Koselleck 1982: 646). Denn die »kapitalistische Produktionsweise [läuft] immer auf die von ihr selber errichteten Schranken auf, weil eine gewisse Höhe der Profitrate über Ausdehnung oder Beschränkung der Produktion entscheidet, statt des Verhältnisses der Produktion zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen« (ebd.: 647; Herv.i.O.). Als notwendigerweise im kapitalistisch orientierten Wirtschaftssystem inhärente Krisenelemente weist Marx eine unbändige Profitorientierung und eine damit möglicherweise lancierte Überproduktion aus, die sowohl soziale Einschränkungen als auch Rentabilitäts- und Profiteinbußen zu katalysieren vermag (vgl. ebd.).

eine systemische Ebene der Gesellschaft. Das meint unter anderem auch Jürgen Habermas, wenn er die Ökonomische Krise als eine Realisierungsform von möglichen Krisentendenzen, denen sich kapitalistische Gesellschaftssysteme ausgesetzt sehen, differenziert (vgl. Habermas 1973: 72f.).

Neben der ökonomischen typisiert Habermas drei weitere Krisen: Rationalitätskrisen, Legitimationskrisen und Motivationskrisen (vgl. Hülsmann/Cordes 2013: 71). All diesen Krisentypen spricht er das Potenzial zu, zu einem »politischen Ausbruch, d.h. der Delegitimation des bestehenden politischen Systems [zu führen]« (Habermas 1973: 66). Allerdings differenziert Habermas hierbei Krisentendenzen aus, die primär auf systemischer und solche, die vorerst auf individueller Ebene ihren Ausgang nehmen. Neben der Ökonomischen Krise spielt sich auch die Rationalitätskrise primär auf einer systemischen Ebene ab, wohingegen Legitimations- und Motivationskrisen eher auf Ebene des Individuums gesehen werden, die allerdings auch funktional ineinander greifen können (vgl. Hülsmann/Cordes 2013: 72).<sup>8</sup> Die ökonomische Krise bezeichnet im Habermas'schen Sinne nach Hülsmann/Cordes

»Situation[en], in denen soziale Systeme wie Unternehmen, Institutionen oder Staaten sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden. [...] [Dies meint] Situationen, in denen die jeweiligen Systeme nicht mehr in der Lage sind, sich mit Ressourcen zu versorgen, die sie benötigen, um ihre Zwecke zu erfüllen.« (Hülsmann/Cordes 2013: 72)

Aus dieser Perspektive ist für die Wirtschaftswissenschaften ein Krisenzustand zunächst im Zusammenhang mit einem konjunkturellen Abschwung nachweisbar (vgl. Nützenadel 2012: 51; Hülsmann/Cordes 2013: 74). Als zentrale Merkmale einer systemischen Krise im wirtschaftlichen Sinne können folgende Elemente ausgemacht werden:

»die Gefährdung der Existenz des betrachteten Systems, eine Ambivalenz des Krisenausgangs, eine Gefährdung dominanter Ziele, das Vorhandensein einer Steuerungsproblematik und ein Zeit- sowie ein Entscheidungsdruck.« (Hülsmann/Cordes 2013: 90)

---

<sup>8</sup> In der nachfolgenden Auseinandersetzung mit Merkmalen der Politischen Krise soll auf diese Ausdifferenzierung und mögliche Interrelationen noch einmal eingegangen werden. Für eine ausführliche Beschreibung der einzelnen Krisentendenzen nach Habermas siehe: Ökonomische Krise (Habermas 1973: 73-86), Rationalitätskrise (ebd.: 87-95), Legitimationskrise (ebd.: 96-105) und Motivationskrise (ebd.: 106-127).

In ökonomischen Krisen offenbaren sich im Besonderen Klassenunterschiede, die letztlich eine soziale Krise bewirken können. So ist die ökonomische Krise »*zugleich* eine soziale Krise, in der die Interessen von handelnden Gruppen aufeinanderstoßen und die soziale Integration der Gesellschaft in Frage stellen« (Habermas 1973: 48; Herv.i.O.).

Anhand dieser Krisenkriterien wird zudem erneut deutlich, wie sehr ökonomische Krisen im Sinne von systemischen Krisen auch an einen gesellschaftlichen Raum gekoppelt sind und vor diesem situativ betrachtet werden müssen. So verweist Nützenadel mit Blick auf Analogieversuche zwischen der Finanzkrise 2008/2009 und der Großen Depression der 1930er Jahre darauf, dass

»Gesellschaften mit Wirtschaftskrisen unterschiedlich umgehen. [...] Der historische Vergleich bietet erhebliches Potential für die Erforschung von Krisenprozessen, meistens aber keine unmittelbare Handlungsanweisung für die Gegenwart.« (Nützenadel 2012: 56)

Insbesondere aufgrund dieser systemischen Verwobenheit sollten wirtschaftliche Krisen auch als Indikatoren für einen institutionellen Wandel verstanden werden, der Phasen der Neuordnung von Handlungs- und Verhaltensweisen notwendig macht (vgl. ebd.: 56f.). So können wirtschaftliche Krisenzeiten eben auch gerade gesellschaftliche Neuordnungsprozesse anstoßen bzw. wirtschaftliche Systeme durch gesellschaftlich-institutionelle Veränderungen modifiziert werden.<sup>9</sup> Inwiefern hierbei politisches Krisenpotenzial freigesetzt wird, wird nachfolgend erläutert.

Ähnlich wie im Falle der Wirtschaftskrise wurde auch der Begriff der politischen Krise nachträglich metaphorisch ausgeweitet und zur Diagnose des Zustands eines Staatskörpers und seiner Institutionen gebraucht (vgl. Kosel-

---

9 Dies insbesondere dann, wenn sich – wie im Falle der Finanzkrise 2008 – zusätzlich eine deutliche real-wirtschaftspolitische Entfremdung zwischen der Gesellschaft als ökonomischem Resonanzraum und einer zunehmend individuell entkoppelten neoliberalen Wirtschaftspolitik, wie sie seit den 70er Jahren in den westlichen Gesellschaften dominiert, zu verzeichnen ist. Und hierdurch nicht zuletzt auch teilweise Prinzipien der liberalen Demokratie aufs Spiel gesetzt werden. So ist es gerade die »entstehende Legitimationslücke des real existierenden, d.h. aus der Perspektive der Wirksamkeit unzureichend kritisierten, Neoliberalismus [...], welche einer neuen Form des autoritären rechten Populismus Möglichkeiten zur Entfaltung bietet« (Mix 2018: 94).

leck 1982: 620).<sup>10</sup> So wurde der Begriff zunächst als Legitimationsfolie für innen- wie außenpolitische Machthandlungen genutzt, diente sowohl als »Beschreibungskategorie wie als diagnostisches Kriterium für politisches oder militärisches Handeln« (ebd.: 625). Diese legitimierend-diagnostische Funktion ist auch gegenwärtig zentral für die Denomination und den Umgang mit politischen Krisen. Dies zeigt sich unter anderem an der bereits im vorhergehenden Teil angesprochenen Ausdifferenzierung politisch-gesellschaftlicher Krisenpotenzialitäten nach Habermas, die immer noch als Referenzgrundlage in der aktuellen Politikwissenschaft dient – insbesondere zur Beschreibung systemischer Krisen (vgl. Wagner 2018: 76).

Da die Habermas'schen Krisentypen nicht isoliert zu betrachten sind, kann eine Legitimationskrise sowohl eine Motivationskrise kanalisieren als auch erst durch diese bewirkt werden. So würde im Falle einer solchen Krise das gesellschaftliche System als nicht mehr funktionsfähig eingestuft und könnte den mit ihm verbundenen Erwartungen nicht gerecht werden. Das würde einen Mangel an Unterstützern evozieren (vgl. Hülsmann/Cordes 2013: 73), was wiederum eine Identitätskrise evozieren könnte, die letzten Endes systemische Veränderungen in Form von neuen politischen Mehrheitsverhältnissen provoziert, da die Individuen auch »Teil eines übergeordneten Systems sind« (ebd.: 71). Legitimationskrisen sind also vom Verlust des Vertrauens von

---

<sup>10</sup> Laut Koselleck findet sich eine erstmalige Erwähnung in Sir Rudyerd's Beschreibung des Konflikts britisches Parlament versus britische Monarchie im 17. Jahrhundert (vgl. Koselleck 1982: 620). Darüber hinaus weist Reinhart Koselleck Jean-Jacques Rousseau eine zentrale Rolle zu, da Rousseau der erste französische Theoretiker war, der die *Politische Krise* prognostizierte. So erwartete Rousseau mit der sich abzeichnenden Französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts »einen Zustand der Unsicherheit und Ungewißheit, der die Menschen überfällt, wenn die herrschende Ordnung einmal zerbricht [...]. Die Revolution [...] ist eine Revolution des Staates und der Gesellschaft zugleich« (Koselleck 1979: 134). Durch die revolutionäre Revolte und ihre mögliche Materialisierung in einem Bürgerkrieg sieht Koselleck die Krise als Möglichkeit einer umfassenden Neuordnung des Staates sowie als eine Richtbarkeit durch die Gesellschaft (vgl. ebd.: 151). Die moralische Richtbarkeit, deren Ursprung in der (politischen) Kritik an einem Status quo liegt, führt nach Koselleck insbesondere Diderot als elementares Kennzeichen eines politischen Krisenzustandes ein. Diese kritische Kraft der Krise habe es vermocht, eine Neuordnung zu erwirken. Denn die »Krise wird zum moralischen Gericht, dessen Gesetze in den Herzen der bürgerlichen Kritiker geschrieben stehen. Mit dem Beginn der Krise bricht nicht nur politische Unsicherheit herein [...], die politische Krise ist vielmehr ein transitorisches Moment [...]« (ebd.: 145).

Individuen in Institutionen und Repräsentationen geprägt und indizieren Veränderungen im politischen System und dessen Kräfte- und Verteilungsverhältnissen. Mit Habermas geprochen tritt dies ein, »wenn >das legitimatorische System das erforderliche Maß an generalisierten Motivationen nicht beschafft« (Habermas zit.n. Wagner 2018: 76).

Neben diesen intrasystemischen Prozessen dient der Begriff der *Politischen Krise* allerdings auch diagnostisch als Begründung für politisches Handeln, indem die Beherrschung möglicher gesellschaftlicher Risiken als Leitstrategie zur Berechnung und Eindämmung potenziell bedrohlicher Krisen fungiert beziehungsweise dem politisch-gesellschaftlichen Gesamtkörper durch die Referenz auf eine bestimmte Bedrohungslage ein möglicher kritischer Zustand attestiert wird. In diesem Prozess kommt der Politik – neben Wissenschaft und Wirtschaft – eine Sonderrolle zu, da sie die möglichen Risiken kommunikativ vermitteln, einschätzen und handhaben muss (vgl. Beck 2007: 23).<sup>11</sup> Ulrich Beck definiert moderne Risikokalkulationen deshalb als Auseinandersetzung mit

»zukünftige[n] Ereignisse[n], die uns möglicherweise bevorstehen, uns bedrohen. [...] [D]a diese ständige Bedrohung unsere Erwartungen bestimmt, unsere Köpfe besetzt und unser Handeln leitet, wird sie zu einer politischen Kraft, die die Welt verändert.« (Ebd.: 29, Herv.i.O.)<sup>12</sup>

Allein das potenziell denkbare Krisenszenario bzw. eine mögliche Katastrophenrealisierung evoziert einen dauerhaft kritischen Zustand, der sowohl Präventivmaßnahmen als auch politische Handlungsentscheidungen

<sup>11</sup> Ulrich Beck weist das vermehrte Aufkommen »[u]nberechenbare[r] Risiken und hergestellte[r] Unsicherheiten, die aus den Siegen der Moderne hervorgegangen sind« (Beck 2007) als elementar für die gegenwärtigen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts aus, da er als eigentliche Ergebnisse der Moderne die Generierung von neuen Technologien und Erkenntnissen versteht, die gleichermaßen als Co-Produkte bisweilen unkalkulierbare und nicht vorhersehbare Risiken implizieren. Somit habe der Mensch sich seine eigene weitreichende Bedrohungslage selbst geschaffen. So »[h]andelt es sich doch um Gefahren und Unsicherheiten, die – anders als in vorangegangenen Epochen – nicht aus den Fehlern, sondern aus den Erfolgen der Modernisierung hervorgehen, also abhängig sind von menschlichen Entscheidungen, durch die Perfektionierung von Wissenschaft und Technik erzeugt werden, der Gesellschaft immanent sind« (Beck 2007: 343).

<sup>12</sup> Materialisieren sich diese bedrohlichen Ereignisse, beispielsweise in Form eines terroristischen Angriffs, spricht Beck vom Eintreten der Katastrophe (vgl. ebd.: 29).

legitimiert (vgl. ebd.: 30f.). Genutzt werden Strategien der Antizipation, politischen Kommunikation und medialen Inszenierung. Insbesondere also die suggerierte potentielle Dauerbedrohung legitimiert erst Wissens-/Kontroll- und Sicherheitsansprüche des Staates, »sind es [doch] genau die unbekannten Unbekannten, die weitreichende Konflikte über die Definition und die Konstruktion politischer Regeln und Verantwortlichkeiten auslösen« (ebd.: 104) und Krise als Dispositiv politisch wirksam machen.<sup>13</sup>

An diesem Punkt lässt sich an die politische (Diskurs-)Funktionalität von Wissen anschließen, die nach Helga Nowotny als Ressource für die Erzeugung gesellschaftlicher Selbstsicherheit und politischer Entscheidungsmacht dient (Kapitel I). Dario Gentili (2020) geht sogar so weit, Krise als Instrumentarium der gegenwärtigen Regierungsweise(n) zu verstehen. Für ihn ist darin auch dessen Wirksamkeit als Dispositiv bestätigt. So ist

»die Krise nunmehr zur Regierungskunst par excellence geworden [...]. Dementsprechend können ausgehend von der Analyse des Dispositivs der aktuell gelebten Krise die heutzutage vorherrschende Machtform und der von ihr angestoßene Prozess politischer Subjektivierung bestimmt werden.« (Gentili 2020: 102)

Nicht zuletzt in Bezug auf ein durch Krisen bedrohtes oder prekäres Leben, dessen »Überleben an eine kontinuierliche Anpassung an veränderliche und unbeständige Umstände [gekoppelt ist]« (ebd.: 112), erweist sich Krise nach Gentili als Dispositiv, das »die neoliberalen Utopie immer wieder aufs Neue zu aktivieren [versucht]« (ebd.).

Die Inszenierung potenzieller Bedrohungsszenarien kann darüber hinaus auch auf eine verfestigte Gemeinschaftsbildung abzielen beziehungsweise diese erwirken. Dies in der Hinsicht, als dass von außen oktroyierte Bedrohungslagen ein engeres Gemeinschafts- und Verbundenheitsgefühl lancieren (vgl. Giesen 2012: 341) und somit die Motivationsbasis zur systemischen (politischen) Unterstützung erhöht wird. Dies allerdings immer rekurrend auf Potenzialitäten. Damit stellen sich die Risikokalkulation, Krisenhandhabung

---

13 Gleichermassen soll an dieser Stelle bemerkt werden, dass Ulrich Becks Risikobegriff nicht synonym zu Krise verstanden werden kann, obgleich Beck Krise und Risiko teilweise so verwendet. Allerdings können reale oder beschworene Risiken mitunter einen kritischen (politischen) Zustand evozieren, weswegen das generelle Risikomanagement beziehungsweise -bewusstsein auch als Bestandteil des Umgangs mit Krisen verstanden werden kann – insbesondere aufgrund seines machtpolitischen Potenzials.

und damit verbundene Katastrophenprävention in Abhängigkeit von angenommenen und teilweise auch zunächst unsichtbaren Bedrohungslagen und werden gerade in diesem Umstand auch anfällig für Formen der Manipulation.<sup>14</sup> Dies auch vor dem Hintergrund, dass ebengerade (politische) Krisenzustände einen Entscheider beziehungsweise eine gewisse Richtungsweisung bedingen und voraussetzen, um die Materialisierung der Katastrophe zu vermeiden und die Krise zu überwinden. Ein Aspekt, der mit Blick auf die diskursive Ausgestaltung und Wirkkraft von Krisen im Nachfolgenden noch einmal genauer thematisiert wird.

## 1.2 Krise und Diskurs: Interdependenzen

Wie bereits deutlich wurde, ist Krise kein in sich konsistent definierter Begriff. Außerdem existiert eine Krise auch nicht per se, sondern bedarf einer narrativen Struktur: »Eine Situation wird erst zu einer Krise, wenn ein Sprecher sie dazu erklärt« (Kohlrausch/Schoeß/Zejnelic 2018: 8). Aufgrund dieser Verwobenheit mit einer Sprecherrolle, die einen vermeintlichen Krisenzustand diagnostiziert, werden neue diskursive Verhandlungsräume evoziert, in denen sowohl die sprachlich geschaffene Krisenrealität als auch mögliche Sprecherinteressen und sozial-gesellschaftliche Hintergründe berücksichtigt werden müssen. So weist Gruber (2018) darauf hin, dass es sich bei Krisen um »sprachlich konstruierte Gegenstände [handelt], die sich in Diskursen manifestieren [...] [, denn] erst durch ihre diskursive Aufbereitung werden problematische Situationen kollektiv als Ausnahmezustand wahrgenommen« (Gruber 2018: 59). Die diskursive Verhandlung der Krise stellt folglich den Referenzrahmen bereit, vor dessen Hintergrund Entscheidungen kollektiv vermittelt werden. Auf diese Weise werden neue Macht- und Gesellschaftsformen sowie Rollen der Repräsentation verhandelt und austariert. So treten

»[i]n der Krise konkurrierende Deutungsmuster und Sprecherformen auf den Plan, und häufig ändert eine Krise die Repräsentation von sozialen Ordnungen, von normativen Gesellschaftsmustern und ›guten Politiken.‹« (Mergel 2012: 16)

---

<sup>14</sup> Bernhard Giesen führt dies wie folgt aus: »Die Gefahr ist dabei umso bedrohlicher und plötzlicher, je unsichtbarer die Bedrohung ausfällt: der von Experten diagnostizierte Virus ist gefährlicher als die von allen wahrnehmbare Überschwemmung. [...] Das Unsichtbare reizt die Imagination stärker als das Offensichtliche« (Giesen 2012: 342f.).

Die Diagnostik der Krise speist sich demnach aus der Wahrnehmung eines von der gesellschaftlichen Norm abweichenden Zustands, der in einer extremen Folge das bisherige gesellschaftliche Setting, Normengerüst und soziale Gefüge in einer diskursiven Neuverhandlung aufs Spiel setzen kann.<sup>15</sup> Aufgrund dieser systemisch-produktiven Kraft kann Krisendiagnostik sowohl als Anreizmoment dienen, um gesellschaftliche wie diskursive Entscheidungsprozesse anzustoßen, als auch zur weiteren Legitimation von Handlungsmöglichkeiten der Krisensprecher herangezogen werden. Es gibt folglich zwei primäre Richtungen der Krisendiagnose: Zum einen die narrative Stilisierung einer unausweichlichen Entscheidungslage durch die Beschreibung einer spezifischen Entwicklung als Krise, zum anderen die strategische Legitimation von Entscheidungen und Handlungen, die sich aus der diskursiven Vermittlung der Krisensituation ableiten lassen (vgl. Sawilla 2013: 161). Es lassen sich dann vor allem »Äußerungen solcher sozialer Gruppen [...] analysieren, die Steuerungskompetenz für sich beanspruchen oder politische Entscheidungsprozesse publizistisch beeinflussen zu suchen« (ebd.). Aus diesem Grund kann ein interdependent-produktiver Zusammenhang zwischen Sprecherrollen/Interessen und produzierten Krisendiskursen angenommen werden.<sup>16</sup> Giorgio Agamben geht sogar so weit, Krise und ihre Denomination als eigenes Machtinstrument zu verstehen, das von Obrigkeiten strategisch gezielt zur Lenkung von Diskursen und als Legimitationsfolie für (politische) Entscheidungen genutzt wird:

- 
- 15 Thomas Gutmann legt Krise als konstitutiv notwendiges Dauerelement für die Normenentwicklung und -begründung der modernen Gesellschaften fest, das gerade durch den Wegfall von unanfechtbaren Orientierungsgrößen – Religion oder Tradition als alleinige Normierungsinstanzen – Prozesse des dauerhaften Zweifels begünstigt (vgl. Gutmann 2012: 315). In dieser Hinsicht erweist sich für Gutmann der gesellschaftliche Prozess von orientierender Normbildung als »strukturell krisenhaft« (ebd.: 316) und Krise damit als dauerhaft antreibende und das System reizende Kraft.
- 16 Severina Laubinger (2018) beschreibt Krise als rhetorisch-persuasives Mittel der politischen Debatte. So kann eine Krise »von einer Partei in ihrer gesamten Phänomenstruktur zur Verfolgung spezifischer kommunikativer Ziele genutzt werden. Mit der Krise verbinden sich für eine/n strategische/n KommunikatorInn vielseitige Wirkungsmöglichkeiten, um die eigenen kommunikativen Ziele zu erreichen. [...] Im Krisenfall darf keine Zeit verloren gehen und es muss sofort gehandelt werden. Das Ziel von Persuasion ist es, eine Meinungs-, Einstellungs- oder Handlungsänderung bei einem Adressatenkreis herbeizuführen. Das »Ausrufen einer Krise« lässt sich als strategisches Mittel einsetzen, um eine schnelle und unmittelbare Handlungsänderung zu bewirken und somit erfolgreiche Persuasion zu ermöglichen« (Laubinger 2018: 110).

»Heute ist die Krise zum Herrschaftsinstrument geworden. Sie dient dazu, politische und ökonomische Entscheidungen zu legitimieren, die faktisch die Bürger enteignen und ihnen jede Entscheidungsmöglichkeit nehmen.« (Agamben zitiert nach Kohlrausch/Schoeß/Zejnelovic 2018: 9)

Dass Krise als narrativ-diskursives Instrument durchaus auch zu Verschleierungs- oder auch Legitimationszwecken Verwendung finden kann, wurde bereits in den vorgehenden Auseinandersetzungen mit den unterschiedlichen Wirkungsweisen des Begriffs deutlich. Allerdings bleibt zu hinterfragen, inwiefern der Krisenbegriff nur als politische Worthülse zu verstehen ist, die eine passiv-ohnmächtige Bürgerschaft als Objekt einer souveränen Macht erscheinen lässt. So gilt es, alternativ zu prüfen, inwiefern eben gerade durch Krise(n) evozierte systemische Reizungen und damit verbundene Materialisierungsformen von Mangelzuständen (zum Beispiel normativ, ökonomisch, sozial) das aktive Herausbilden neuer Kollektivverbindungen und Gesellschaftsstrukturen ermöglichen. Denn festzuhalten bleibt, dass insbesondere Krisen bzw. Momente, die als krisenhaft eingestuft werden, Prozesse der repräsentativen wie systemischen Neuordnung anstoßen können und eine klare diskursive Einbettung, Verhandlung und Positionierung erfordern. Denn letzten Endes »bleibt jede Krise ein wahrnehmungsabhängiges Phänomen, das stets unter der ideologischen und persuasiven Ausrichtung der SprecherInnen, die ihre Existenz annehmen, analytisch betrachtet werden sollte« (Laubinger 2018: 116).

## 2. Die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise (2010)

Im Anschluss an die allgemeine Auseinandersetzung mit dem Begriff Krise wird nun der für die weitere diskursanalytische Arbeit primär relevante Krisenkontext näher betrachtet. Dazu wird zunächst in die Entwicklungen und Auswirkungen der US-amerikanischen Immobilienkrise 2008 eingeführt, die in der Folge eine globale Finanzkrise verursachte und insbesondere auch gravierende Auswirkungen auf den südeuropäischen Euro-Raum hatte (vgl. Borsò 2013: 13).

## 2.1 Wirtschaftspolitische Hintergründe

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, die mit der auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt ausgelösten *subprime*-Krise in den Jahren 2007/2008 ihren Ausgang nahm, griff in weitreichendem Maße auf Europa und das europäische Finanz- und insbesondere Bankensystem über. So katalysierten die US-amerikanischen Entwicklungen in Europa »zusätzlich zu der Finanz- und Wirtschaftskrise eine Staatsschulden- und Währungskrise« (Thiessen 2016: 1), die für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union unterschiedlich gravierende gesellschaftliche und soziale Auswirkungen hatte. Die genannten Krisenkomplexe können jedoch nicht synonym verwendet werden, sind sie doch mindestens miteinander verzahnt und in Teilen sogar interdependent. So kumulierten die Finanz- und Wirtschaftskrise zwar in der Schuldenkrise, die Währungs-/Euro-Krise kann aber nur als Begleiterscheinung hiervon gewertet werden. Sie hat neben den horrenden Staatsschulden, mit denen sich einige Mitgliedsstaaten konfrontiert sahen, vor allem währungspolitische und strukturelle Ursachen (vgl. Illing 2017: 2).<sup>17</sup>

Schließlich begünstigten die strukturell-institutionellen Defizite, die bereits mit Gründung der *Europäischen Währungsunion* (EWU)<sup>18</sup> in Kauf genom-

- 
- 17 Illing führt dies wie folgt aus: »Die Eurokrise ist [...] eine Strukturkrise, weil die derzeitige institutionelle Architektur und ökonomischen Prozesse den Anforderungen, die aus der Gemeinschaftswährung resultieren, nicht gewachsen sind. [...] Als Strukturkrise steht nicht der Wert der Währung im Mittelpunkt, sondern das Problem, dass sich traditionelle politische und volkswirtschaftliche Prozesse unter der Einheitswährung dysfunktional gestalten« (Illing 2017: 2f.).
- 18 Als Kernproblematik hierbei gilt, dass mit der EWU-Gründung – und der Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung – versäumt wurde, auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik festzulegen (vgl. Karrass/Stierle 2011: 13). Die Einführung des Euro und die Gründung der EWU galten vielmehr als Vervollkommnung der Entwicklung eines europäischen Wirtschafts- und Handelsraums, wie er bereits in den 1970er Jahren mit der Entwicklung des Europäischen Binnenmarkts und der nachfolgenden Schaffung eines *Europäischen Währungssystems* (EWS) (1979) angestoßen worden war (vgl. Schuppan 2014: 17f.). In Ermangelung einer kollektiv verbindlichen europäischen Wirtschaftspolitik, hatte die Einführung der gemeinsamen Währung daraufhin jedoch in erster Linie »die Wettbewerbslogik des Binnenmarktes noch verschärft und ein ›System der Wettbewerbsstaaten‹ (ver.di 2020) geschaffen, bei dem die Mitgliedsstaaten durch Sozialabbau, Lohnkürzungen, Steuersenkungen und Deregulierung miteinander um Betriebsansiedelungen und Unternehmensinvestitionen konkurrierten« (Karrass/Stierle 2011: 13f.).

men worden waren, ein makroökonomisches Ungleichgewicht, das den Übergang von einer ›Krise der Währungsunion‹ zu einer ›Krise der Eurozone‹ erst ermöglichte (vgl. Schuppan 2014: 95). So wurde während des gesamten Gründungsprozesses der EWU – zugunsten der Währung EU-politischer und nationaler beziehungsweise mitgliedsstaatlicher Interessen und Souveränität – auf eine Gestaltung der Währungsunion als Instanz mit eigener Rechtsfähigkeit verzichtet, weswegen die EWU-Zielsetzung vornehmlich politischen statt institutionellen Zielen unterworfen war (vgl. ebd.: 25f.). Zwar regelten die europäischen Vertragswerke – wie der Vertrag von Maastricht (1992)<sup>19</sup> und der hierauf aufbauende Stabilitäts- und Wachstumspakt (Amsterdam 1997)<sup>20</sup> – die generellen Rahmenbedingungen für die Aufnahme in die gemeinsame europäische Währungsunion und ihre Ausgestaltung, sie boten aber zu viel Interpretations- und Handlungsspielraum für die diversen Interessenakteure. Das führte zur Missachtung der eigentlich festgelegten Verbindlichkeiten. So zeigten sich

»die Staaten der Eurozone bis zum Ausbruch der Eurokrise nicht bereit, ihre wirtschaftspolitischen Entscheidungen stärker zu koordinieren. Jeweils auf der nationalen Souveränität gründend [entschieden] die Regierungen über die Entwicklung der Volkswirtschaft« (Illing 2017: 32).

Neben der Orientierung an den eigenen Haushalts- und Fiskalinteressen – und ungeachtet der Kollektivinteressen der Währungsunion – spielte die fol-

19 Der Vertrag von Maastricht gilt als Gründungsvertrag der Europäischen Union und stellt – aufgrund seiner erweiterten währungs- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen – einen elementaren vertraglichen Schritt der Mitgliedsstaaten auf dem Weg zu einer vertieften europäischen Integration dar (vgl. Schuppan 2014: 18f.). Die Schaffung einer europäischen Währung wurde hierbei als genuin politische Maßnahme festgeschrieben, um nach Ende des Kalten Krieges die angestrebte Integration der zentral- und osteuropäischen Länder sowie eine verbesserte zwischenstaatliche Annäherung zu ermöglichen (vgl. Drozdiak 2017: 11f.).

20 Zur währungspolitischen Absicherung der EWU wurden die bereits im Vertrag von Maastricht angelegten Konvergenzkriterien, die den Betritt zum Euro-Raum bestimmten, im Stabilitäts- und Wachstumspakt als permanente Stabilitätskriterien zusammen mit Sanktions- und Überwachungsmechanismen festgelegt, um eine verbesserte Kontrolle und Absicherung der Währungsunion zu gewährleisten (vgl. Hipold 2016: 112). Diese Kriterien besagten u.a., dass bei Aufnahme und Verbleib in der Währungsunion die jährliche Neuverschuldung eines Mitgliedsstaates maximal 3 Prozent (bezogen auf das BIP) sowie maximal 60 Prozent Gesamtverschuldung (ebenfalls bezogen auf das BIP) umfassen durften (vgl. ebd.).

genlos bleibende Missachtung der Konvergenzkriterien aus dem Maastrichter Vertrag eine entscheidende Rolle dabei, dass die europäischen Mitgliedsstaaten beinahe ungehindert die für sie vermeintlich beste Wirtschafts-/Finanzpolitik verfolgen konnten. Aufgrund von Wettbewerbsvorteilen wurde gleichzeitig die Herausbildung eines wirtschaftlichen Ungleichgewichts provoziert (vgl. ebd.: 31). Zudem stellen diese Entwicklungen – neben den externen Risikoentwicklungen wie der Bankenkrise – zuvorderst intraeuro- päisch-systemische Problematiken dar, weswegen sich die Ende der 2000er/ Anfang der 2010er Jahre aufkommende Finanz- und Wirtschaftskrise in unterschiedlichen Nivellierungen innerhalb Europas ausbreiten konnte. So sind zum einen Länder »in die Währungsunion aufgenommen worden, die den Kriterien eines optimalen Währungsraums nicht annähernd gerecht wurden« (Schuppan 2014: 91). Darüber hinaus ist es ebenfalls nicht gelungen, die Mitgliedsländer der EWU auf Basis der Konvergenzkriterien »zu der beabsichtigten wirtschaftlichen Konvergenz zu führen. Die länderspezifischen Unterschiede haben vielmehr divergierende wirtschaftliche Entwicklungen der einzelnen Länder und Ländergruppen indiziert« (ebd.).

Zusätzlich zu diesen institutionell-währungspolitischen Defiziten der Europäischen Währungsunion würde es zu kurz greifen, wenn man das Aufkommen und die Auswüchse der Finanz- und Wirtschaftskrise nur auf die intra- wie interstaatlichen Verfehlungen beziehen würde. Vielmehr ist die Komplexität der Krisenentwicklungen auch auf eine damit verbundene Krise des gesamten, in der westlichen Ökonomie vorherrschenden Wirtschaftsmodells des Kapitalismus und dessen Entwicklung über den Fordismus<sup>21</sup>

---

21 Unter Fordismus versteht man das bis in die 1970er Jahre in den USA und Westeuropa vorherrschende Wachstumsmodell, das auf einer »Verbindung von Massenproduktion und Massenkonsum« (Vogel 2013: 14) beruht. Auf der Basis einer stabilen Wachstumssituation konnten unternehmensseitig sowohl relativ hohe Löhne als auch diverse Arbeitnehmerabsicherungen getragen werden. Zugleich gab es eine hohe Nachfragesituation und Konsumbereitschaft der Gesellschaft (vgl. ebd.). Insgesamt konnten soziale Ungleichheiten relativ gut ausgeglichen sowie eine umfassende Arbeitnehmerfürsorge durch den Arbeitgeber gewährleistet werden (vgl. Schreiner 2013: 44). Mit Ende der vorhersagbaren wirtschaftlichen Kontinuität und Wachstumsplanbarkeit durch das Bretton-Woods-System, einer zunehmenden Nachfragesättigung sowie Flexibilisierung des internationalen Wirtschaftsraums wurde eine wirtschaftssystemische Umgestaltung unumgänglich.

bis zum Neoliberalismus<sup>22</sup> zurückzuführen bzw. damit verknüpft (vgl. Vogel 2013: 13).<sup>23</sup>

So begünstigten zwei systemische Entwicklungen den Auswuchs der Finanz- und Schuldenkrise, die vor dem Hintergrund einer neoliberal geprägten Konzeption westlicher Wirtschaftssysteme besonderen Aufschwung erfuhrten:<sup>24</sup> *erstens* die Entstehung eines immer größeren Vermögens der gesellschaftlichen Eliten (Stichwort Überakkumulation) – für das veränderte Möglichkeiten einer wertschöpfenden Veranlagung gefunden werden mussten (vgl. ebd.: 15) – und *zweitens* die Aufnahme von Schulden zur Bedienung der eigenen Kaufkraft. So »kompensierten zahlreiche Bürger den Verlust an Kaufkraft, indem sie sich verschuldeten« (ebd.). Beides fand in einer neoliberal-kapitalistischen Umstellung der Wirtschafts-/Wertschöpfungssysteme, wie sie seit den 1980er Jahren in den USA und auch vermehrt in Europa vorherrschend waren, seinen Ausdruck. Diese systemische Reformierung hatte vielerlei Ursachen.

War die Nachkriegszeit zunächst in erster Linie von der keynesianischen Leitidee staatlicher Regulation und Intervention geprägt (vgl. Thiessen 2016: 85), wandelte sich dies durch eine wachsende internationale Verzahnung nationaler und supranationaler Wirtschaftspolitiken im Rahmen

- 
- 22 Thiessen (2016) weist darauf hin, dass die Ergänzung um das Präfix neo vor allem gewählt wurde, um dieses wirtschaftssystemische Modell vom Liberalismus abzugrenzen, der die wirtschaftliche Phase vor dem Zweiten Weltkrieg und der Großen Depression der 1930er Jahre beschreibt (vgl. Thiessen 2016: 88f.).
- 23 Christian Müller geht sogar so weit, das Ende des neoliberalen Wirtschaftsmodells im Jahr 2008 – im Jahr des Ausbruchs der US-Banken- und Immobilienkrise – gekommen zu sehen. So schreibt er: »In der Rückschau wird man vermutlich die knapp 30 Jahre [...], die in der Weltwirtschaft durch den Neoliberalismus geprägt waren – der mit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 sein vermutliches Ende fand –, als das letzte Aufbäumen einer nicht mehr zukunftsfähigen und damit zum Untergang verurteilten Wirtschaftsepoke bezeichnen. [...] Ein grundlegender ökonomischer Paradigmen-Wechsel ist überfällig« (Müller 2011: 79).
- 24 Auch George Soros weist darauf hin, dass die mangelnde gemeinschaftliche wirtschaftspolitische Ausrichtung, die neoliberalen Agenda der europäischen Mitgliedsstaaten und der Glaube an die Selbstregulation der Märkte die Auswüchse der Schulden- und Finanzkrise begünstigten: »The biggest deficiency in the euro, the absence of a common fiscal policy, is well known. But there is another defect that has received less recognition: a false belief in the stability of financial markets. [...] [F]inancial markets do not necessarily tend towards equilibrium; they are just as likely to produce bubbles« (Soros 2013: 122).

der aufkommenden Globalisierungstendenzen. So begünstigte das sogenannte Ende des Bretton-Woods-Systems<sup>25</sup> in erhöhtem Maße die Flexibilisierung von Wechselkursen und damit verbunden auch Inflations- und Konjunkturschwankungen (vgl. Thiessen 2016: 87). Diese Veränderungen lancierten zudem eine Ausweitung internationaler Kapitalflüsse,

»die eine Zunahme von Investitionen im Ausland mit sich zog, wodurch zusätzlich nationale Investitionsstrukturen flexibler wurden und Gewinne nicht mehr in gleichem Umfang in die nationalen Industriebetriebe investiert wurden.« (Ebd.)

Ferner sahen sich Arbeitgeber mit »[s]inkenden Zuwächsen an Produktivität und weitgehend gesättigten Konsumbedürfnissen der Verbraucher [...] [sowie mit] steigende[n] Löhne[n] und Sozialabgaben« (Vogel 2013: 14) konfrontiert. Das bisher vorherrschende Wirtschaftsmodell des Fordismus stieß an seine Grenzen. Der Neoliberalismus entwickelte sich zum neuen wirtschaftssystemischen Leitmodell. Zu dessen Hauptkennzeichen gehören nach Thiessen (vgl. 2016: 89) folgende Veränderungen: Reduzierung staatlicher Regulierung von sozialer Ungleichheit bei gleichzeitiger Liberalisierung des Marktes; weitreichende Privatisierungsmaßnahmen (auch bezüglich ehemals staatlicher Dienst- und Vorsorgeleistungen) und Verschiebungen der Wertigkeit

---

25 Das sogenannte Bretton-Woods-System (1944) beschreibt ein System fester, aber anpassungsfähiger Wechselkurse, in dessen Zentrum der US-Dollar als Leitwährung und Wechselkursnormierung für die wichtigsten internationalen Währungen standen. Für den Dollar-Kurs wurden Goldreserven als Sicherheit hinterlegt (vgl. Thiessen 2016: 85). Parallel wurde der *Internationale Währungsfonds* (IWF) gegründet, um als Kontroll- und Koordinationsinstanz dieses Systems zu fungieren (vgl. Thiessen 2016: 85). Hintergrund der Gründung war, dass nach den Nachkriegsjahren erneut eine internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit ermöglicht werden sollte, um einen geordneten weltwirtschaftlichen Aufschwung zu ermöglichen (vgl. Sautter 2012). Da jedoch auch in diesem System die beteiligten Länder sowohl weiterhin eine eigenständige Geldpolitik verfolgten als auch die unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen nicht bedacht wurden, wurde letztlich die »Preisgabe des Systems fester Wechselkurse unvermeidlich« (Sautter 2012). So war das Abkommen »nicht zum Zweck einer Regulierung privater Kapitalmärkte geschaffen worden und [...] konnte dem Ordnungsbedarf eines marktgesteuerten Weltwährungssystems auch nicht in der erforderlichen Weise angepasst werden« (ebd.).

und Investitionsvorzüge zugunsten des fiktiven Kapitals gegenüber industrialem Kapital der Realwirtschaft (Stichwort Finanzialisierung<sup>26</sup>).

Im Neoliberalismus rückt die Eigenverantwortlichkeit und Fürsorgepflicht des (wirtschaftlichen) Subjekts einer Gesellschaft in den Vordergrund.<sup>27</sup> Wettbewerb und Konkurrenz werden zu primären Leitlinien für wirtschaftliches Handeln:

»Soziale Ungleichheit wird im Neoliberalismus offensiv als notwendige Konsequenz wachsenden Wohlstands in einem von zunehmender Konkurrenz geprägten Umfeld verteidigt. [...] Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise lässt sich damit durchaus auch [...] als Nachfrage- und Verteilungskrise verstehen.« (Schreiner 2013: 45)

Mit Blick auf die europäische Situation verweisen Karrass/Stierle (2011) in diesem Zusammenhang auf zwei entscheidende Phasen der sich auch in der EU und ihren Mitgliedsstaaten vollziehenden neoliberalen (Neu-)Formierung: In der *ersten Phase* ermöglichte die Zurückdrängung des Staates zugunsten des Marktes eine markt- und wettbewerbsorientierte Ausrichtung in Europa, die oftmals zulasten sozialer oder politischer Standards ging.<sup>28</sup> Entscheidend war hierbei auch, dass

---

26 Insbesondere die Entwicklung hin zu einer zunehmenden Finanzialisierung spielte eine entscheidende Rolle in der Katalyse der Finanz- und Schuldenkrise der 2000er Jahren (vgl. Thiessen 2016: 89). Mit dem Begriff Finanzialisierung wird vornehmlich der direkt wie indirekt steigende Einfluss von Finanzakteuren auf die Realwirtschaft über den Finanzmarkt und dessen Investitions-/Kapitalanlagemöglichkeiten bezeichnet. Durch Globalisierungs- und Digitalisierungsprozesse haben sich zudem auch immer neue Finanzinstrumente entwickelt, die sämtlichen Akteuren neue Investitions- und Anlagemöglichkeiten bieten und den Bedeutungsgewinn des Finanzmarkts weiter verstärken (vgl. ebd.: 112).

27 Siehe u.a. Schreiner (2013: 45): »An die Stelle sozialer Sicherung trat verstärkt markt-basierte Eigenvorsorge, ideologisch als Freiheit und Selbstverhandlung verkauft [...]. Profite sollten fortan nicht mehr dank wachsender Massenkaufkraft, sondern durch sinkende Löhne erzielt werden.«

28 Karrass/Stierle verweisen in diesem Zusammenhang exemplarisch auf das *Cassis de Dijon*-Urteil, das es ermöglicht, dass Waren in allen Mitgliedsstaaten verkauft werden dürfen, sobald sie in einem Staat die Verkaufszulassung erhalten haben. Das gilt unabhängig davon, ob die hiesigen Produktstandards (als Likör gilt in Deutschland z.B. erst ein Getränk mit einem Alkoholgehalt ab 25 Prozent) eingehalten werden. Statt dessen entscheidet der Wettbewerb des Markts über den Produktstandard (vgl. Karrass/Stierle 2011: 11).

»Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre in fast allen Mitgliedsstaaten ein Wechsel von sozialistischen/sozialdemokratischen zu konservativen/neoliberalen Regierungen erfolgte [...]. Überdies gab es [...] ein immer stärkeres Lobbying von Unternehmensverbänden« (Karrass/Stierle 2011: 12).

Eine zweite neoliberalen Formierungsphase fällt Anfang der 2000er Jahre in die Zielsetzung, neben einem Binnenmarkt und den damit verbundenen Freiheiten und Vorzügen auch einen einheitlichen Finanzmarkt zu schaffen (vgl. ebd.: 14). Darauf folgten – vor allem aufgrund der Orientierung an den USA als Vorbild – eine Verschärfung des Standortwettbewerbs sowie ein zunehmendes Sozial- und Lohndumping.<sup>29</sup>

Darüber hinaus wurde in der *Strategie von Lissabon* (2000) das Ziel festgelegt, die EU innerhalb von »zehn Jahren zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen« (ebd.). Diese Zielsetzung verlangte den Mitgliedsstaaten Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialreformen ab, die eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes avisierten (vgl. ebd.). Gerade diese neoliberalen Auswüchse katalysierten einen scharfen Standortwettbewerb, der bewusst Mechanismen der Abwertung und Ausgrenzung von Randgruppen einer Gesellschaft in Kauf nahm (vgl. Butterwegge 2013: 18). Denn in seiner Reinform reduziert der Neoliberalismus »den Menschen auf seine Existenz als Marktsubjekt [...]. Letztlich zählt [...] nur, wer oder was ökonomisch verwertbar und gewinnträchtig ist« (ebd.: 19).<sup>30</sup>

## 2.2 Bankencrash, drohende Staatspleiten und Rettungsmaßnahmen

Strukturell ist die Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2008 in den USA ihren Ausgang nahm, vor allem auf das Anwachsen einer riesigen globalen Finanzblase zurückzuführen (vgl. Müller 2011: 161)<sup>31</sup>. Ursächlich hierfür waren ökonomische und weltweite politische Defizite der westlich-neoliberalen Systeme.

- 
- 29 Dies wurde laut Karrass/Stierle durch die zwei EuGH-Urteile von 2007/2008 (»Laval/Viking« und »Rüffert«) zusätzlich juristisch verstärkt, indem der »Binnenmarktfreiheit im Konfliktfall Vorrang vor den sozialen Grundrechten« (ebd.: 14) gegeben wurde.
- 30 Christoph Butterwegge sieht in den Leistungsansprüchen und den Mechanismen der Selektion, Wertigkeitsbemessung und möglichen Teilhaberrestriktionen sowie Prekarisierungen einen ursächlichen Nährboden für populistische bis rechtsradikale Auswüchse (vgl. Butterwegge 2013).
- 31 Im Jahr 2009 belief sich die Finanzblase auf ein Volumen von über 200.000 Milliarden US-Dollar. Dieser Wert war dreimal größer als das jährliche weltweite BIP (vgl. Müller 2011: 161).

me. Das stete politische wie ökonomische Streben nach Wachstum hatte zu einer ›überhitzten‹ Wirtschaftssituation beigetragen, da insbesondere auch staatliche Eingriffe zur Stimulation der Wirtschaft eine konstante systemische ›Aufblähung‹ begünstigten (vgl. Illing 2017: 9f.).<sup>32</sup>

Überhaupt ist die Entstehung der weltweiten Finanzblase – neben zunehmenden Privatverschuldungen – auch auf eine massive Anlagen-/ Sparverlagerung (insbesondere in Ländern mit einem hohen Leistungsbilanzüberschuss) über Instrumente der Finanzwirtschaft zurückzuführen (vgl. Müller 2011: 44f.). In der Folge war »immer mehr Finanzkapital weltweit auf der Jagd nach attraktiven Renditen« (ebd.: 45).<sup>33</sup>

Anstelle von Investitionen in die Realwirtschaft, sprich industrielle Fertigung, wurde ein erheblicher Kapitalteil in die Finanzmärkte und ihre diversen – teilweise hochspekulativen – Produkte<sup>34</sup> zur Vermögenssteigerung angelegt (vgl. Vogel 2013: 18). Dennoch basierte die Absicherung der Finanzanlagen und ihrer Renditen letzten Endes auf realwirtschaftlichen Produkten oder zumindest auf den unternehmerischen Wachstumsraten der Industrieproduktion. Allerdings überstiegen die Finanzanlagen zeitweise das weltweite Sozialprodukt um fast 400 Prozent (vgl. ebd.). Das fiktive Kapital wuchs somit ebenso massiv an wie die »Ansprüche auf erst noch zu erbringende Wirtschaftsleistungen« (ebd.: 19).

32 Diese staatlichen Stimulationsmechanismen sind allerdings als konträr zu den staatlichen Lenkungsfunktionen nach Keynes und einem damit verbundenen *deficit spending* im Falle von konjunkturellen Einbrüchen zu sehen (vgl. Illing 2017: 12). Die skizzierte Wirtschaftspolitik sah nämlich überhaupt keinen Konjunkturereinbruch vor. Stattdessen wurde eine ständige Wachstumssteigerung indiziert, sodass die staatlich gelenkten zusätzlichen Stimulationsinvestitionen der Gegenwart eher unter dem Begriff eines *artificial spending* zu verstehen sind (vgl. ebd.).

33 So waren 2009 von 200.000 Milliarden US-Dollar Finanzkapital über 100.000 Milliarden US-Dollar in Vermögensfonds bzw. bei Banken angelegt (vgl. Müller 2011: 45).

34 Ein für die Krisenentwicklungen in Europa entscheidendes spekulatives Instrument der Finanzmärkte sind bspw. die *Credit Default Swaps* (CDS). Mit diesem Instrument können sich Kreditgeber gegen einen Rückzahlungsausfall versichern, selbst wenn noch kein Kredit vergeben wurde. Gleichzeitig gewinnen CDS an Wert, je wahrscheinlicher es wird, dass ein Kreditausfall wirklich eintritt. Durch diese Wert- und Zinssteigerungen bei der Kreditvergabe können Pleiten von Spekulanten selbst herbeigeführt werden (vgl. Karrass/Stierle 2011: 34). Diese Mechanismen haben in der europäischen Staatsschuldenkrise ihre Wirkung entfaltet, da durch die Wetten der Spekulanten die beinahe eingetretene griechische Staatspleite letztlich durch Spekulationsmechanismen herbeigeführt wurde (vgl. ebd.: 35).

Um die öffentliche Kaufkraft und den Mangel an beispielsweise günstigen Immobilienangeboten auszugleichen, wurde vielfach in erster Linie eine erhöhte Privatverschuldung und die damit verbundenen Möglichkeiten der Kreditvergabe in Kauf genommen (vgl. ebd.: 17). Auch die »Arbeitnehmer waren damit als Sparer wie als Schuldner zunehmend ins Finanzsystem integriert [...] konnten [aber mit der Zeit] ihre Verbindlichkeiten nicht mehr zurückzahlen« (ebd.). Wie problematisch diese Schieflage zwischen fiktivem Finanzkapital, Privatverschuldung und realwirtschaftlicher Renditeleistung bzw. Rückzahlungsansprüchen tatsächlich sein würde, offenbarte sich 2008 durch das Platzen der Finanz- und Immobilienblase in den USA. Die USA gilt daher als »unruhiges Beispiel für diese schuldenbasierte Wachstumsstrategie« (Müller 2011: 50).

Bereits in den 1980er Jahren hatte die USA damit begonnen, einen Großteil ihrer Realproduktion an kostengünstigere Standorte im Ausland zu verlagern, sich zu einer de-industrialisierten Dienstleistungsgesellschaft zu stilisieren und die eigene Binnennachfrage vor allem durch ein schuldeninduziertes Wachstum und niedrigschwellige Kreditvergabe zu stimulieren (vgl. ebd.). Darüber hinaus avancierten die USA zum vorrangigen Standort für die Verwaltung und Anlage ausländischen Kapitals. So flossen »spiegelbildlich zum wachsenden US-Leistungsbilanzdefizit [...] über Jahrzehnte Jahr für Jahr immer größere Mengen der weltweiten Ersparnis in die USA« (ebd.). Als eine Vielzahl von Schuldern die von den US-Banken vergebenen Kredite nicht mehr bezahlen konnte, geriet sowohl das US-amerikanische als auch das europäische Bankensystem, das in großem Ausmaß in die amerikanische Wirtschafts- und Hypothekenvergabe anteilig involviert war,<sup>35</sup> in Schieflage, sodass letztlich nur noch staatliche Eingriffe und die Umwandlung privater in öffentliche Schulden als Ausweg blieben (vgl. ebd.: 52).

Entscheidend war die bewusste Inkaufnahme und gleichzeitige Verschleierung der wirklichen Risiken des international verbreiteten Finanzkapitals durch die Bündelung von Einzelhypotheken in *Special Purpose Vehicles*

35 Siehe hierzu Schmidt (2013: 33): »Nach dem Ende des New Economy-Booms wurde die Weltwirtschaft immer mehr vom gegenseitigen Hochschaukeln von Immobilienpreisen und kreditfinanzierter Nachfrage abhängig. Dabei bildeten sich in den 2000er Jahren nicht nur in den USA, sondern auch in Großbritannien, Spanien und Irland Immobilienblasen. Darüber hinaus war Europa [...] in das Wall-Street-dominierte Weltfinanzsystem eingebunden. Kein Wunder, dass die Börsenkurse in Europa dem Kurssturz am Hudson River im Millisekunden-Takt folgten und dass die Finanzkrise im Herbst 2008 schon Wochen später zu einer weltweiten Rezession geführt hat.«

(SPVs) und die Vermittlung von Wertpapieren am globalen Finanzmarkt (vgl. ebd. 169). Zu einem Großteil umfassten diese Produkte Kredite, die an *subprime borrowers*, also Schuldner mit zweifelhafter Bonität, vergeben worden waren (vgl. ebd.). Die Risiken der Kreditvergabe konnten durch die Bündelung in den SPVs sowohl verschleiert als auch gestreut werden. Zusätzlich wurden die Wertpapiere durch die massenhaft vergebenen Top-Ratings der Ratingagenturen verbürgt.<sup>36</sup>

Auch eine Vielzahl von europäischen Banken nutzte diese neuartigen Anlagemöglichkeiten und investierte in US-amerikanische Hypothekenbündel oder andere hochspekulative Papiere (vgl. Vogel 2013: 19). Zusammenfassend kann man daher sagen, dass

»der riesige Kapitalzustrom aus dem Ausland in Kombination mit einer lockeren Geldpolitik der US-Notenbank dazu geführt [hat], dass [...] eine unverantwortliche Kreditvergabepolitik Platz greifen konnte, die letztlich das gesamte globale Finanzsystem an den Rand des Ruins getrieben hat.« (Müller 2011: 165)

So bewirkten die ab 2007 zunehmenden Zahlungsausfälle einer steigenden Anzahl von Immobilienkrediten, dass der komplette US-Immobilienmarkt und damit verbundene Investmentsektor in eine bilanzielle Schieflage gerieten und eine Serie von Bankeninsolvenzen katalysierten, die ihren Höhepunkt in der *Lehman Brothers* Pleite von 2008 fand (vgl. Thiessen 2016: 121). Durch die geschilderte globale Verwobenheit der Banken-/Immobilienpekulationen weitete sich dies auch auf die europäische Wirtschaft aus.<sup>37</sup> Zahlreiche europäische Regierungen sahen sich dazu gezwungen, systemrelevante Banken zu retten. Sie richteten entsprechende Konjunkturprogramme ein – allerdings mit der Folge, dass die »Staatsschulden [explodierten] und bei den ohnehin

36 Rating-Agenturen nehmen eine spezielle Wächterfunktion im Finanzsystem ein, indem sie sowohl sämtliche Wertpapiere als auch Bonitäten (auch von Staaten) bewerten und somit als Orientierungsgröße für Kapitalanleger und Kreditgeber fungieren (vgl. Karrass/Stierle 2011: 35). Problematisch ist allerdings, dass sie nicht unabhängig agieren, sondern privatwirtschaftliche Interessen verfolgen, da ihre Eigentümer zum Großteil selbst Finanzinvestoren sind. So gehören *Standard & Poor's*, *Moody's* und *Fitch* – die drei größten und bedeutendsten Ratingagenturen – bspw. dem US-amerikanischen Investmentbanking- und Wertpapierhandelsunternehmen *Morgan Stanley* (vgl. ebd.: 36).

37 Und das vornehmlich in den südeuropäischen Ländern, die maßgeblich vom Zufluss ausländischen Kapitals abhängig waren (vgl. Schmidt 2013: 34).

verunsicherten Anlegern [...] Zweifel [wuchsen], ob die EU-Staaten ihre Verbindlichkeiten weiterhin würden bedienen können« (Vogel 2013: 13). Die Lage in Europa wurde zunehmend instabiler und spitzte sich 2009/2010 exemplarisch am Fall Griechenlands zu. Dort musste die damals neu gewählte sozialistische Regierung einen erhöhten Schuldenstand von schließlich 15,4 Prozent des BIPs bekanntgeben.<sup>38</sup> Die Schuldensituation Griechenlands hätte sich sogar noch weiter verschärfen können, »hätte die Ratingagentur Fitch nicht [...] die Kreditwürdigkeit Athens herabgestuft, wodurch die Refinanzierungskosten anstiegen« (Illing 2017: 56).

Griechenland war somit als erstes Land der Eurozone in seinem Bonitätsrating durch die großen Ratingagenturen abgewertet worden, was nicht ohne Folgen für die anderen EU-Mitgliedsstaaten blieb: Denn »[b]eginnend mit Griechenland verloren immer mehr Mitglieder der Eurozone ihre Bonität. Auf den Finanzmärkten erhielten sie neue Kredite nur zu drastisch erhöhten Zinssätzen« (Vogel 2013: 13).<sup>39</sup> Diese sich nach und nach steigernde Verschärfung der Situation wurde nicht zuletzt durch öffentliche Spekulationen über mögliche Staatsbankrotte von EU-Mitgliedsstaaten verursacht (vgl. ebd.: 23), da die EU-Regierungen mehrheitlich einforderten, Griechenland solle sich selbst helfen, anstatt an einer kollektiv-solidarischen Lösung zu arbeiten. Sie weigerten sich beispielsweise, als EU-Kollektiv für die griechischen Schulden zu bürgen (vgl. ebd.).<sup>40</sup>

38 Die Vorgängerregierung hatte einen Schuldenwert von 3,7 Prozent des BIP angegeben (vgl. Karrass/Stierle 2011: 16). Nach und nach stieg die Bekanntgabe des wirklichen Werts der Neuverschuldung von zunächst angenommenen 12,7 Prozent auf letztlich 15,4 Prozent (vgl. Der Spiegel 2010).

39 Neben Griechenland gerieten auch andere bereits mit einem hohen Schuldenstand belastete Länder wie Irland, Portugal und Spanien durch dramatische Zinsanstiege ebenfalls in eine weitere Krisenwelle (vgl. Karrass/Stierle 2011: 17).

40 Völlig verkannt wurde dabei allerdings, dass die kritische Situation in Griechenland auf ein kollektiv-politisches und nicht allein innerstaatliches Versagen zurückzuführen war: So hätte Griechenland 2001 eigentlich niemals in die Eurozone aufgenommen werden dürfen, da es bereits zu diesem Zeitpunkt die Konvergenzkriterien nicht erfüllen konnte. Einmal mehr zeigte sich, dass diese sich als »ökonomische Ausschluss- oder Beitrittsbedingungen [...] nie etablieren [konnten], denn politische Überlegungen dominierten den Prozess der europäischen Erweiterung« (Illing 2017: 54). Darüber hinaus ermöglichte die deutlich vergünstigte Zinslage durch den Euro-Beitritt, dass Griechenland in höherem Maße Kredite aufnehmen und seine Verschuldungslast hierdurch weiter aufbauen konnte (vgl. ebd.). Zudem haben allerdings auch die griechischen Bürger jahrelang die Aufnahme weiterer Schulden geduldet und toleriert. So

Letztlich blieb zur Stabilisierung des Euro sowie der wirtschaftspolitischen Situation der EU nur die Unterstützung Griechenlands mittels eines europäischen Hilfspaketes. Zudem wurde der Euro-Rettungsschirm entwickelt, um den griechischen Staatsbankrott zu verhindern und eine mögliche Ausweitung der systemischen Währungskrise auf weitere Mitgliedsländer zu vermeiden (vgl. Karras/Stierle 2011: 17f.).<sup>41</sup> Gleichermaßen wurden die gemeinsam auf Regierungsebene verabschiedeten EU-politischen Maßnahmen von strengen Sparmaßnahmen und Auflagen für die betroffenen Länder flankiert, was primär von der deutschen Bundesregierung vorangetrieben wurde und zu nachhaltigen Spannungsverhältnissen unter den Mitgliedsstaaten führte:

»In den Augen der Südeuropäer benutzte Merkel die Wirtschafts- und Finanzkraft ihres Landes, um ihnen das deutsche Modell aufzuzwingen. Die Nord-Süd-Spaltung, die reiche Kreditgeber wie Deutschland und die nordischen Staaten gegen arme Schuldner im Mittelmeerraum ausspielte, drohte jedoch Europa zu zerreißen.« (Drozdiak 2017: 36)<sup>42</sup>

Mit dieser Ausweitung auf die innerstaatliche sowie währungspolitische Krisenlage innerhalb der EU war die zweite Welle der Finanzkrise innerhalb der EU angekommen und katalysierte aufgrund der zunehmend prekären Situation in den Ländern Südeuropas Ressentiments innerhalb und zwischen den

---

kommt im Fall Griechenlands »sowohl den Entscheidungsträgern als auch den Wählern eine Mitschuld zu, denn sie haben die Politiker gewähren lassen und die Wahlgeschenke angenommen« (ebd.: 56). Auch spielten innenpolitische Interessenlagen der EU-Mitgliedsstaaten wie Deutschland in die Verzögerung des kollektiven griechischen Krisenmanagements hinein: »Since Germany was heading for elections, it was unwilling to act, but nothing could be done without Germany. So the Greek crisis festered and spread« (Soros 2013: 121).

- 41 Während sich die wirtschaftsstarken Länder wie Deutschland und Frankreich relativ schnell wieder von den unmittelbaren Krisenfolgen (z.B. Exportrückgang) erholen konnten, kamen neben Griechenland weitere südeuropäische Länder immer stärker in Bedrängnis. Diese Entwicklungen haben strukturell verschiedene Ursachen. In Spanien lässt sich der kritische Trend vor allem auf massive wirtschaftliche Einschnitte des bis dahin starken Bausektors und eine damit verbundene hohe Arbeitslosigkeit zurückführen (vgl. Thiessen 2016: 122).
- 42 Für eine ausführlichere Beschreibung und kritische Einschätzung der Handlungen und Haltung der deutschen Bundesregierung siehe Drozdiak (2017: 35-40).

Mitgliedsstaaten, die bis heute andauern.<sup>43</sup> Welche regulativen und kollektiven Maßnahmenpakete sich aus dieser jüngsten europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise entwickelten und in welchem Ausmaß sich die Rolle der Mitgliedsstaaten veränderte, wird im Folgenden aufgearbeitet. Auch sich hieraus ergebende Spannungs- und Konfliktverhältnisse werden näher in den Blick genommen.

### 2.3 Austeritätspolitik und das europäische Solidaritätsprinzip

Die Auswüchse der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise katalysierten letzten Endes die Staatsschulden- und Währungskrise in Europa und legten auf schonungslose Weise ein eklatantes Ungleichgewicht innerhalb Europas offen. Sie indizierten sowohl einen wirtschaftssystemischen als auch einen inneren- und außenpolitischen Wandel. So besteht kein Zweifel, dass

»the Global Recession that hit Europe in 2008 [...] marked the end of the prevailing blind faith in financial markets, the beginning of a new age of ›permanent austerity‹ [...] and possibly [...] the ultimate disruption of the past European inclusive model of social cohesion and solidarity.« (Romano/Punziano 2015: 1)

Die oftmals strukturelle Schwäche einer gemeinsamen Währungsunion ohne gemeinsame Währungspolitik verschärfe eine bereits latent existente Nord-Süd-Polemik und offenbarte die mangelnde Solidarität der Mitgliedsstaaten untereinander (vgl. Vogel 2013: 25). Entgegen den egalitär angelegten EU-Institutionen bestand zwischen den Mitgliedsstaaten sehr wohl ein hierarchi-

---

43 Nicht zuletzt kritisierte Ulrich Beck die deutsche Europapolitik vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise in seinem Buch *Das deutsche Europa*: »Auch im neuen, im krisengeschüttelten Handlungszentrum der Euro-Länder vollzieht sich eine dramatische Spaltung, und zwar zwischen denjenigen, die bereits (oder noch nicht) am Tropf des Rettungsfonds hängen, und denjenigen, die den Fonds finanzieren. Ersteren bleibt nichts anderes übrig, als sich dem Machtanspruch des deutschen Euro-Nationalismus zu beugen. [...] Die Schuldnerländer, so könnte man sagen, bilden also die neue ›Unterklasse‹ der EU. Sie müssen Souveränitätsverluste und Verletzungen ihrer nationalen Würde hinnehmen« (Beck 2012: 43f.). Diese Diskussion wurde im Frühjahr 2020 anhand der Finanzierungsdebatte rund um die COVID-19-Pandemie erneut entfacht und verlief erneut entlang eines europäischen ›Nord-Süd-Konflikts‹ vor allem hinsichtlich einer solidarischen Teilung der wirtschaftlichen Schäden und Schuldenlast (vgl. bspw. Horning et al. 2020; Khan 2020).

sches Gefälle. Insbesondere die wirtschaftlich starken Gründungsmitglieder beeinflussten und steuerten politische Entscheidungsprozesse (vgl. Balibar 2016: 58). Dies hatte sich in der unmittelbaren Maßnahmenergreifung im Umgang mit der Staatsschulden- und Währungskrise sowie den in der Folge aufkeimenden zwischenstaatlichen und innenpolitischen Konflikten gezeigt. So ließen die »Krise und die Programme zur Rettung des Euro [...] die Konturen eines anderen Europa hervortreten, eines gespaltenen, von neuen Gräben und Grenzen durchzogenen Kontinents« (Beck 2012: 12f.).

Beck bezieht diese Spaltungen sowohl auf die Relation Gläubiger- und Schuldnerstaat als auch auf die innenpolitischen strukturellen Spannungen, die durch die von nationaler wie europäischer Regierungsseite oktroyierten Sparprogramme für Schuldnerländer verursacht wurden (vgl. ebd.: 13). Diese Sparprogramme umfassten – ausgehend von dem ersten griechischen Hilfspaket im Sommer 2010 – verschiedene ineinander greifende Maßnahmenpakete. Ziel war es, die Eurozone in der öffentlichen Wahrnehmung möglichst schnell wieder zu stabilisieren und die Währungsunion als bestehendes Kollektiv zu erhalten.

Zu den entscheidenden Mechanismen und Maßnahmen – die zumindest dem Anschein nach dem Mangel an Solidarität Rechnung tragen sollten – gehörten zum einen der kurzfristig 2010 eingesetzte Schutzschild<sup>44</sup> und dessen dauerhafte Institutionalisierung in Form des *Europäischen Stabilisierungsmechanismus* (ESM)<sup>45</sup> im Jahr 2012.<sup>46</sup> Zum anderen wurde der ESM-Mechanismus zusätzlich vom Fiskalpakt flankiert, der ebenfalls 2012 in Kraft trat und für die Beantragung von ESM-Geldern notwendigerweise von den jeweiligen

- 
- 44 Der Schutzschild wurde 2010 kurzfristig und zeitlich befristet aufgesetzt, als deutlich wurde, dass neben Griechenland auch Portugal und Irland zeitnah finanzielle Unterstützung benötigen würden, um die drohende Staatsinsolvenz abzuwenden (vgl. Schuppan 2014: 138f.).
- 45 Da sich zunehmend herausstellte, dass die zeitlich befristeten Unterstützungsmaßnahmen des Schutzschildes nicht ausreichen würden, um die betroffenen Länder in ihrem Reformierungsprozess gegen die Krise hinlänglich zu unterstützen, wurde mit dem ESM ein dauerhaftes supranationales europäisches Finanzstabilisierungsinstrument aufgesetzt (vgl. ebd.: 154f.).
- 46 Letztgenannter agiert in seiner Konzeption als Pendant zum IWF auf europäischer Ebene und vergibt unter strengen Auflagen finanzielle Hilfen an EU-Mitgliedsstaaten (vgl. Hipold 2016: 116f.). Zwar steht hiermit nun dauerhaft ein kollektiv-europäisch aufgesetzter Kreditgeber für europäische Mitgliedsstaaten in einer (finanziellen) Notlage zur Verfügung, allerdings verpflichten sich Länder, die hieraus Hilfsgelder empfangen, auf strikte Sparprogramme (vgl. Vogel 2013: 95).

Mitgliedsstaaten unterzeichnet werden musste. In diesem Sinne gibt der Fiskalpakt das Regelwerk für die Kreditvergabe vor und bestimmt vornehmlich die Beschränkung der Aufnahme weiterer Staatsverschuldungen (vgl. ebd.). Er sieht unter anderem vor, dass

»Vertragsstaaten nationale Schuldenbremsen einführen, nach der das strukturelle Defizit maximal 0,5 % des BIP beträgt. [...] Nur wenn der öffentliche Schuldenstand erheblich unter 60 % des BIP liegt, darf das strukturelle Defizit maximal ein Prozent des BIP betragen.« (Petersen 2015: 91)

Eine derartige Regulierung hat allerdings primär die Beschneidung der Möglichkeit zu öffentlichen Investitionen zur Folge (vgl. Vogel 2013: 98).<sup>47</sup>

Anhand der Auflagen für Griechenland, Portugal und Irland im Rahmen des Rettungsschirms zeigt sich, dass insbesondere die harten Sparauflagen und Investitionseinschnitte negative Folgen für das öffentliche und soziale System der betroffenen Gesellschaften hatten (vgl. Karrass/Stierle 2011: 47f.). Diese Einschnitte wirkten sich auf die gesamte Gesellschaft aus und erweckten in den betroffenen Ländern und Regionen den Anschein, dass »die Herrschenden in Europa nicht mehr von wirtschaftlicher oder sozialpolitischer Vernunft [angetrieben werden] [...]. Die Herrschenden sind zu Getriebenen der Finanzmärkte geworden« (ebd.: 58).

Auch die mit den europäischen Maßnahmen verbundenen Sparvorgaben hatten negative Effekte auf das zwischenstaatliche Gemeinschaftsgefühl, weil sie die europäische Solidarität in gleichzeitigem Zusammenwirken mit der *No-Bail-Out-Klausel*<sup>48</sup> – zumindest für die Schuldnerländer – offen auf den Prüfstand stellten.<sup>49</sup> Gleichermaßen mahnten die wirtschaftsstar-

47 Umstritten war darüber hinaus bereits die Implementierung des Fiskalpakts, da er als zwischenstaatliches Abkommen konzipiert und somit auf Ratsebene entschieden wurde, ohne dass das Europäische Parlament an der Ratifizierung beteiligt war (vgl. Vogel 2013: 96). Dieser ist ein höchst problematischer Prozess, da der Fiskalpakt somit »mustergemäß für eine Politik [steht], bei der die parlamentarische Demokratie auf nationaler Ebene verliert, ohne dass dies auf europäischer Ebene kompensiert würde. [...] Denkbar ist, dass Maßnahmen wie der Fiskalpakt gegen die Intention ihrer Urheber zum Zerfall der Währungsunion oder gar der EU führen« (ebd.: 101).

48 Die *No-Bail-Out-Klausel*, die bis in den Lissaboner Vertrag immer wieder von den EU-Mitgliedsstaaten bestätigt worden ist, sieht vor, dass kein EU-/EWU-Mitglied für einen anderen Mitgliedsstaat die Haftung für finanzielle Schulden übernehmen muss (vgl. Schuppan 2014: 22).

49 Siehe hierzu auch Romano/Punziano (2015: 8): »The introduction of severe austerity programmes in Europe is being increasingly coupled with massive cuts in the social

ken, vornehmlich nordeuropäischen Mitgliedsstaaten an, Solidarität habe einen Preis. Staaten, die nachweislich hohe Verschuldungsversäumnisse aufwiesen,<sup>50</sup> müssten Reformen ergreifen.<sup>51</sup> So waren die

»bailout« agreements for Greece, Portugal and Ireland as well as [...] for Italy and Spain [...] accompanied with the demand on behalf of the surplus countries (predominantly Germany, Finland and the Netherlands) to implement far-reaching austerity reforms and reduce drastically social protection.« (Papadopoulos/Roumpakis 2015: 195)

Kritisiert wurde der lehrmeisterhafte Ton – der unter anderem der deutschen Bundesregierung vorgeworfen wurde –, der für eine zusätzliche Spannung in der Gläubiger-Schuldner-Beziehung sorgte (vgl. Illing 2017: 204). Darüber hinaus öffnete das öffentliche politische Gebaren den Raum für eine Argumentationsführung entlang von Klischees, Stereotypisierungen bis hin zu populistischen Auswüchsen. Adressiert wurden »klar identifizierbare Schuldige, die angeblich ›faulen Südländer‹, von denen nun Einsicht und Besserung erwartet wird« (Vogel 2013: 30). Hierdurch wurde die Tatsache verschleiert, dass es sich gerade nicht um eine Schuldenkrise einzelner Länder, sondern um eine strukturelle Krisensituation handelte (vgl. ebd.: 31), in der national-ökonomische Partikularinteressen die Oberhand über eine gesamteuropäisch verbindlich gestaltete (Wirtschafts-)Politik gewannen, »so dass jeder Staat zum

---

sphere, generally legitimised by governments with the argument that the former type of social solidarity is no longer sustainable under the present circumstances.«

- 50 Die allerdings bereits bei der Aufnahme dieser Länder in die EU bewusst in Kauf genommen wurden. Zudem hat die neoliberal-systemische Gestaltung des europäischen Wirtschaftsraums und ein damit verbundenes Konkurrenzprinzip bewusst »zu einer beständigen Verschärfung der Disparitäten in allen Hinsichten geführt. Anstelle einer gemeinsamen Entwicklung der Regionen Europas stehen wir vor einem Prozess der Polarisierung, wie ihn die Krise dann noch dramatisch verschärft hat« (Balibar 2016: 91).
- 51 Siehe hierzu bspw. auch die folgenden Äußerungen Wolfgang Schäubles, der in seiner Funktion als deutscher Bundesfinanzminister maßgeblich die EU-Finanzpolitik der Krisenjahre und regulative Sparmechanismen prägte: »[D]ie jüngsten Ereignisse [haben] gezeigt, dass eine gemeinsame Währung nicht ohne Solidarität der Mitglieder auskommt, Solidarität, die an klare Regeln gebunden sein muss. Dabei kann sich Solidarität nicht auf die Verpflichtung beschränken, den Mitgliedsländern, die in Problemen sind, Beistand zu leisten, sondern Solidarität erfordert genauso die Bereitschaft, die Ursachen der Probleme zu beseitigen. Solidarität ist niemals eine Einbahnstraße« (Schäuble 2013: 230).

potenziellen Raubtier gegenüber seinen Nachbarn werden musste« (Balibar 2016: 98). So nahmen die wohlhabenden nordeuropäischen Mitgliedsstaaten das wirtschaftliche Ungleichgewicht billigend in Kauf, um ihre darauf basierende ökonomisch vorteilhafte Lage zu erhalten.<sup>52</sup> Überspitzt formuliert sind

»Spanien, Portugal und Griechenland [...] vor allem deswegen in die Währungsunion aufgenommen worden, um als Absatzmärkte im innereuropäischen Warenverkehr zu dienen. Dafür wurde ihnen der Zugang zu privaten Krediten erleichtert.« (Vogel 2013: 27)

Gleichzeitig wuchsen in den südlichen Ländern immense Kreditblasen, die den wirtschaftlichen Krisen- und Abhängigkeitsstrudel massiv verschärften (vgl. ebd.). Anders als folglich oftmals proklamiert, kann die ökonomische Krisenentwicklung nicht auf das Fehlverhalten einer bestimmten Nation zurückgeführt werden. Stattdessen handelte es sich um »viel mehr als eine Finanzkrise. Es ist hauptsächlich eine Krise der Gestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion« (Goulard 2013: 237). Neben der laxen Kontrolle, ob die eigentlichen Vereinbarungen und Regulationen der EWU eingehalten wurden (vgl. ebd.: 238), spielten, wie sich zeigte, ebenfalls die systemische neoliberalen Ausrichtung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten eine entscheidende Rolle.

### 3. Zur Situation in Spanien (2008-2015)

Der wirtschaftliche Krisen- und Abhängigkeitsstrudel verschärfte sich besonders in den südlichen Ländern, was dazu führte, dass sowohl in den Geber- als auch den Schuldnerländern politische Modifikationsprozesse einsetzten. Diese systemischen Veränderungen sollen nun am Beispiel Spaniens dargestellt werden.

---

52 Deutschland profitierte neben anderen Ländern von dieser Wirtschaftskonkurrenz. Es drückte das Lohnniveau und baute hierdurch sein Exportsystem immens aus (vgl. Vogel 2013: 26). So verschärfte das »Zusammenspiel des deutschen Unterbietungswettbewerbs und des südeuropäischen Kreditbooms [...] die wirtschaftlichen Unterschiede in der Eurozone« (ebd.: 27).

### 3.1 Krisenentwicklung und politische Entscheidungen

Spanien, das seit Ende der 1990er Jahre bis 2008 eine wirtschaftlich relativ solide Wachstumsphase durchlaufen hatte,<sup>53</sup> war von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffen. Der Grund hierfür ist nicht zuletzt in den äußerst krisenanfälligen Primärsäulen der spanischen Wirtschaft zu finden: »dem Tourismus, der Grundstückserschließung und dem Bausektor« (Vogel 2013: 34). Durch sie stieg Spanien zur viertgrößten Volkswirtschaft der EU seit Mitte der 1990er Jahre auf. Vor allem der Bau- und Immobiliensektor entpuppte sich jedoch als entscheidender Risikofaktor. So hatten diverse Subventionen und ein immenses Kreditvergabesystem in diesem Bereich über mehrere Jahre gewaltige *housing bubbles* anwachsen lassen (vgl. Chislett 2016: 24).<sup>54</sup> Möglich wurde dieser Bauboom durch interne Anreize zum Erwerb von Eigentumswohnungen<sup>55</sup> und zur Planung von Bauprojekten. Zu nennen sind hier beispielsweise Infrastrukturmaßnahmen, die auch politisch befürwortet und unter anderem durch eine erleichterte Vergabe von Baugenehmigungen lanciert wurden (vgl. Vogel 2013: 35). Begünstigt von einer immensen nationalen Kreditvergabe durch Banken<sup>56</sup> sowie von attraktiven Investitionsoptionen in (touristische) Bauprojekte durch ausländische Investoren »avancierte [Spanien] [...] zum gefragten Anlageplatz« (ebd.).<sup>57</sup>

Darüber hinaus führte der Boom zu einem Anstieg von Arbeitsmöglichkeiten im Bau- und Dienstleistungsgewerbe, der insbesondere junge Men-

53 Neben Irland konnte u.a. Spanien in den Jahren 2003 bis 2008 einen Rückgang der eigenen Verschuldung verbuchen (vgl. Schuppan 2014: 111).

54 Allein im Jahr 2006 wurden Bauprojekte für 865.000 Häuser in Spanien begonnen – mehr als in Deutschland, Frankreich und Großbritannien zusammen. Zwei Drittel der zwischen 1999 und 2007 in Europa gebauten Immobilien befanden sich in Spanien (vgl. Chislett 2016: 21). Diese Zahlen verdeutlichen das abstruse Ausmaß der Bauvorhaben.

55 Historisch betrachtet wurde der Erwerb einer Immobilie als Eigenheim bereits seit der Franco-Diktatur proklamiert (vgl. Vogel 2013: 35). Diese politische Linie wurde auch von den demokratischen Regierungsparteien, PP und PSOE, übernommen und führte letztlich dazu, dass bis 2007 etwa 87 Prozent der Wohnungen in Spanien in Privatbesitz waren (vgl. ebd.).

56 Siehe hierzu Chislett 2016: »[A]verage short- and long-term rates fell [...] to 2,2 % to 3,4 % in 2005, encouraging borrowers to take out loans, particularly mortgages, and some banks [...] to lend recklessly« (Chislett 2016: 22).

57 Allein zwischen 2001 und 2006 konnten ausländische Unternehmen und Anleger (vornehmlich aus Nordeuropa) im Schnitt 7 Milliarden Euro jährlich an Renditen durch Investitionen in Zweitwohnungen in Spanien erwirtschaften (vgl. Vogel 2013: 35f.).

schen dazu bewog, der Annahme Glauben zu schenken, »that education did not pay« (Chislett 2016: 32). Dies führte dazu, dass vor allem im Zeitraum von 1997 bis 2006 nur ungefähr 25 Prozent der jungen Erwachsenen eine schulische Ausbildung abschlossen. Ein Großteil – vor allem junge Männer – wechselte direkt in die Baubranche, um Geld zu verdienen (vgl. ebd.). Gleichzeitig stieg hierdurch auch der »Anteil der befristeten und prekären Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnsektor« (Carme 2019: 308) – ein Trend, der sich durch diese Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik noch verstärkte. Kernproblematik hierbei ist, dass die spanische Industrie seit jeher kaum als konkurrenzfähig zu den nord- und westeuropäischen EU-Mitgliedsstaaten anzusehen ist; statt Industrie- bzw. Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen wurde vor allem auf Investitionen im Tertiären Sektor sowie im traditionell wichtigen Agrarbereich fokussiert. Dadurch galt die spanische Industrie im Vergleich zu den nord- und westeuropäischen EU-Mitgliedsstaaten seit jeher als kaum konkurrenzfähig (vgl. Vogel 2013: 36). Darüber hinaus ist der spanische Arbeitsmarkt primär auf Flexibilisierungen und Saisonarbeiten zentriert. Der private Erwerb von Immobilien diente als Ausgleich für die kaum ausreichenden Renten- und Vorsorgemöglichkeiten.<sup>58</sup> Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Krise trat »vor allem wegen der enormen Bedeutung des Immobiliensektors [ein]. Die horrende Verschuldung von privaten Haushalten und Unternehmen tat ein Übriges. [Auch] [...] fehlte global die Konkurrenzfähigkeit und die Produktivität« (Carme 2019: 309).

Auf das Platzen der Blase auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt folgte eine massive Abwertung von Immobilienpreisen (vgl. Chislett 2016: 25). Nach anfänglichen Versuchen der spanischen Regierung, die Stimulation des Bausektors im Rahmen des *Plan E*<sup>59</sup> aufrechtzuerhalten (vgl. Carme 2019:

58 »Über lange Jahrzehnte hatten die politischen Eliten des Landes – über die Grenzen von Parteien und selbst von politischen Ordnungen hinweg – das Wohneigentum staatlich gefördert. Auf einem begrenzten Mietmarkt schien der Erwerb von Wohnungen nicht nur beinahe alternativlos, sondern auch sinnvoll als Alterssicherung angesichts eines schwach ausgebauten Sozialstaates« (Vogel 2013: 38).

59 Der *Plan Español para el Estímulo de la Economía y el Empleo* (Plan E) wurde ab 2009 von der spanischen PSOE-Regierung umgesetzt und hatte vier verschiedenen Handlungsrichtungen. Die damit verbundenen Maßnahmen hatten das vorrangige Ziel, die spanische Wirtschaft wiederzubeleben (vgl. Spanische Botschaft 2009). Zum einen sollten Steuerbegünstigungen für Familien und Unternehmen die Binnennachfrage ankurbeln, zum anderen wurde über breite Infrastrukturinvestitionen versucht, die Krise des Bausektors abzumildern und Arbeitsplätze zu schaffen (vgl. ebd.). Allerdings »flos-

310), wurden Großprojekte schließlich weitestgehend eingestellt. In der Folge gab es in spanischen Städte und Regionen eine Vielzahl an leerstehenden Immobilien bis hin zu Bauruinen. Auch die Arbeitslosenquoten – vor allem junger Arbeitnehmer<sup>60</sup> – sowie Privatverschuldungen stiegen an. Zusätzlich zum Einbruch der Immobilienpreise waren erhöhte Kreditausfallquoten zu verzeichnen, was schließlich die spanischen Banken zunehmend in eine prekäre Situation brachte (vgl. ebd.). Die erste Bank, die auf unmittelbare staatliche Hilfe angewiesen war, war 2009 die *Caja Castilla La Mancha* (vgl. Chislett 2016: 128).

Regionale Sparkassen (*Cajas*) waren von den Auswirkungen der Krise besonders betroffen, hatten sie in den Jahren zuvor doch beinahe unkontrolliert und oft basierend auf einem undurchsichtigen System der Vetternwirtschaft Kredite für Bauvorhaben für fast jedermann vergeben (vgl. ebd.). Aufgrund diverser Regierungsbemühungen, die Bankenschieflage aufzufangen und die massive Schuldenlast durch Fusionen zu kompensieren, wuchs auch die spanische Staatsverschuldung stark an: So lag sie bis 2014 bei 99 Prozent des spanischen BIP (vgl. Carmele 2019: 311; Illing 2017: 94). In der Folge sah sich die spanische Regierung ab 2010 zur Aufsetzung eines Austeritätsprogramms gezwungen (vgl. Huke 2017: 106), das »drastische Kürzungen im öffentlichen Dienst, [...] [eingeschränkte] Rechte von Lohnabhängigen und Gewerkschaf-ten [...] und [ein] erhöhte[s] [...] Rentenalter« (ebd.: 156) mit sich brachte.

---

sen erhebliche Teile der Investitionen in unnötige und wenig durchdachte oder langfristige Projekte [...] und steigerten] die öffentliche Verschuldung in kurzer Zeit erheblich« (Carmele 2019: 310). In der Folge gab es eine Vielzahl kaum genutzter Infrastrukturflächen (bspw. Zugstrecken, Autobahnen oder ganze Flughäfen) – ein Symbol für den spanischen Investitionsgrößenwahn (vgl. Neuroth 2019). Darüber hinaus wurde eine Vielzahl der angestoßenen Großprojekte gar nicht erst beendet, da die steigende Verschuldungslage die spanische Regierung schnell zum Umlenken und zur Kürzung der Ausgaben zwang: »zurück blieben oft Bauruinen und die übergroßen Schilder des Plan E« (Carmele 2019: 310).

60 »Jobs began to shed as of 2008 almost as quickly as they had been created during the boom. Between 2008 and 2013, the number of medium-sized companies fell by 56 %. Due to much lower firing costs, the first people to lose their job were those on temporary contract, particularly males, in the construction sector, many of whom had left school at 16. [...] Of the 2.5 million jobs shed between 2008 and September 2014 when Spain emerged from recession, 1.1 million came from the construction sector [...]. A large number of these lost jobs were held by people under the age of 30« (Chislett 2016: 25).

Der spanischen Regierung blieb keine andere Wahl, als 2011 – entgegen der eigentlichen Regierungsabsichten – zunächst die EZB um Käufe spanischer Staatsanleihen zu bitten und letztlich im Juni 2012 Hilfsgelder über den europäischen Rettungsschirm EFSF zu beantragen, die mit 100 Milliarden Euro bewilligt wurden (vgl. Illing 2017: 94). An die Aufnahme unter den EFSF waren – wie bei anderen Rettungsprogrammen (beispielsweise für Griechenland) auch – verschiedene Reform- und Verwendungsbedingungen gekoppelt (vgl. ebd.: 95).<sup>61</sup> Insgesamt zeichnete sich das Hilfsprogramm für Spanien durch zwei Schwerpunkte aus (vgl. Schuppan 2014: 157):

- 1) Unterstützung bei der Deckelung des zukünftigen Kapitalbedarfs der Regierung aufgrund ansteigender Einnahmeausfälle durch die Arbeitslosenquoten
- 2) Mittel zur Sicherung des Bankensektors (vor allem für Maßnahmen der Rekapitalisierung)

Eine Steigerung der Einnahmen im Tourismusbereich und erhöhte Exportmöglichkeiten trugen schließlich dazu bei, dass das BIP bereits 2013 wieder einen Aufwuchs von 1,4 Prozent verzeichnete, der auch 2014 und 2015 tendenziell erhalten blieb (vgl. Chislett 2016: 86). Dieser positive Trend wurde von der Ratingagentur *Standard & Poor* anerkannt: »The recovery won Spain an upgrade from the rating agency Standard & Poor's (S&P), which lifted it in October 2015 to BBB+« (ebd.: 85). Ab 2014 war folglich eine kontinuierliche Konsolidierung der spanischen Wirtschaft zu verzeichnen,<sup>62</sup> wenngleich alte Problematiken wie die immense Abhängigkeit von ausländischen Kapitalflüssen nach wie vor erhalten blieben (vgl. Carmele 2019: 311).

Investitionen in nachhaltige zukunftstragende Bereiche wie Bildung, Forschung und Entwicklung oder der Aufbau eines starken Exportsektors wären nach wie vor dringend notwendig, um die spanische Wirtschaft krisensicher zu gestalten (vgl. Chislett 2016: 173f.). Angesichts einer weiteren europäi-

---

61 Im Unterschied zu den Hilfsprogrammen für andere Länder (wie Griechenland oder Portugal) wurde das spanische Hilfsprogramm jedoch 2013 in den ESM überführt. Die Kontrolle der verpflichtend durchzuführenden Reformen (Bankenwesen, Wirtschaft/Arbeitsmarkt) oblag der EU-Kommission und EU-Finanzminister, da aufgrund des relativ kleinen Umfangs des Programms (100 Milliarden Euro/Laufzeit 18 Monate) nicht der IWF und somit nicht die Troika beteiligt werden musste (vgl. Schuppan 2014: 158).

62 Auch konnte mit der vorzeitigen Rückzahlung der Kredithilfen aus den EU-Rettungsprogrammen begonnen werden (vgl. Carmele 2019: 1).

schen Wirtschaftskrise, ausgelöst durch die COVID-19-Pandemie 2019/2020, wurden diese Defizite erneut sichtbar. Wie die spanische Politik darauf reagierte, wird im analytischen Teil der Untersuchung gesondert erörtert (siehe Kapitel IV).

### 3.2 Ökonomische und soziale Auswirkungen

Insgesamt kann die Krisenentwicklung in Spanien als beispielhaft für das mitunter toxische Zusammenwirken von unregulierter (Finanz-)Spekulation und Austeritätspolitik angesehen werden (vgl. Sims 2016: 99). Ursächlich für die spanische Krisenlage war die zunehmende neoliberal-systemische Ausrichtung seit Mitte der 1990er Jahre<sup>63</sup> und wirtschaftspolitische Verfehlungen, die sowohl den spanischen Staat in seiner Gesamtheit als auch Privatpersonen und Unternehmen in eine starke Abhängigkeitssituation manövrierten. So wurden die »Hypothesen und Kredite der Haushalte [...] zum zentralen Motor der Wirtschaftsentwicklung, wobei in den Jahren vor der Krise der Anteil ausländischer Investitionen deutlich anstieg [...]« (Huke 2017: 93). Mit dem Platzen der Immobilienblase offenbarte sich, dass das spanische Wirtschaftswachstumsmodell in exorbitantem Ausmaß durch Bauspekulationen getragen worden war (vgl. Sims 2016: 100). In der Folge sah sich Spanien mit einer Vielzahl an Insolvenzen, einem stagnierenden Wachstum, hoher Arbeitslosigkeit<sup>64</sup> und einer wachsenden Staatsverschuldung konfrontiert. Diese Aspekte führten zu einer deutlichen Verschlechterung der sozialen Lage in Spanien und warfen das Land in seiner Entwicklung zurück (vgl. ebd.: 99f.). Des Weiteren kam es im Zuge erhöhter Kreditausfallquoten zu einer Vielzahl von Zwangsräumungen. Davon betroffen waren vor allem Bevölkerungsschichten, die durch die laxen und profitorientierten Kreditvergabepraxis der

63 Die neoliberalen Ausrichtung der spanischen Wirtschaftspolitik seit den 1990er Jahren, die sich eine Vielzahl europäischer Länder anschlossen, orientierte sich zunehmend an US-amerikanischen Wirtschaftspraktiken. Diese Flexibilisierungen trugen zu einem starken Wirtschaftswachstum bei (vgl. Sotelo 2014: 157): »De 1995 a 2007 – justamente, el período en el que se incuba la crisis – ha sido también para la economía española el de mayor bonanza desde la transición« (ebd.). Nebenfolgen dieser neoliberalen Revolution (vgl. ebd.: 201) waren Arbeitsmarktflexibilisierungen, weniger Festanstellungen und Prekarisierung (vgl. ebd.: 203). Diese Aspekte potenzierten sich mit Ausbruch der Krise.

64 Nach Bernecker waren 2012 in knapp 2 Millionen Haushalten alle Mitglieder arbeitslos (vgl. ebd.: 338).

Finanzinstitute in den Jahren des Booms dazu bewogen worden waren, ihre eigenen finanziellen Grenzen bewusst zu überschreiten (vgl. Stehling 2015: 103).<sup>65</sup> So wurden in der Krise vornehmlich »ausgerechnet die Schwachen und weniger Privilegierten vielfach zu [...] Opfern [...]. [...] Spanien [gehörte] nach der Bewertung auch zu den Ländern in Europa mit den größten Disparitäten zwischen Arm und Reich« (ebd.: 102f.).

Spanien hatte es jahrzehntelang versäumt, sozialen Wohnraum zu schaffen. Stattdessen war die Eigentumsbeschaffung vor Mietmodellen begünstigt worden: Im Jahr 2015 waren etwas mehr als 330.000 Personen obdachlos und immens verschuldet, weil Zwangspfändungen keine Entlastung von Zahlungspflichten bedeuteten (vgl. Sims 2016: 100f.). Zudem katalysierte diese Verschuldungslast eine »soziale Exklusion, da die entsprechende Person nicht mehr als kreditwürdig galt [...]« (Huke 2017: 207).<sup>66</sup> In der Folge bauten sich ein immenser wirtschaftlicher Druck sowie eine hohe Vulnerabilität einzelner Familien und Privatpersonen auf. Diese artikulierte sich zum einen in einer erhöhten Suizidrate sowie Lebensunzufriedenheit der spanischen Bevölkerung (vgl. ebd.: 202) und potenzierte sich – neben der starken privaten Schuldenlast – vor allem auch durch die hohe Arbeitslosigkeit und eine zunehmende Verarmung.

Aufgrund der Austeritätsauflagen ab 2010/2011 wurden staatliche soziale Unterstützungsmaßnahmen deutlich reduziert. Diese Maßnahmen wurden mittels einer umstrittenen Verfassungsreform des Artikels 135 legitimiert.<sup>67</sup>

65 Allein zwischen 2007 und 2014 stieg die Zahl der Delogierungen auf 570.000 an. Zudem war ein eklatanter Wohnungsleerstand von 4 Millionen im Jahr 2014 zu verzeichnen (vgl. Sims 2016: 100).

66 Problematisch war vor allem, dass neben der persönlichen Haftung für die vergebenen Hypotheken auch eine massive Überbewertung der Immobilien in den Boom-Jahren stattfand. Bei den sich anschließenden Zwangsversteigerungen von Wohnungen fanden sich selten Käufer, sodass die Wohnung auf den Gläubiger überging und dieser weiterhin einen Großteil der Kosten zu tragen hatte (vgl. Huke 2017: 207). Für eine detaillierte Aufschlüsselung der Kostenverrechnungen zwischen Immobilienschätzwert, Hypothekenwert und Zahlungsleistungen des Gläubigers vgl. Huke (ebd.).

67 Aufgrund des Anstiegs der spanischen Staatsverschuldung musste die spanische Regierung umfassende Austeritätsreformen als Antwort auf die Krise zusagen und umsetzen. Dies wurde ab 2010 zunächst von der regierenden PSOE-Partei angestoßen und 2011 unter der PP-Regierung in verschärfter Form fortgeführt (vgl. ebd.: 107; Bernecker 2018: 338f.). In diesem Zusammenhang ist auch die im September 2011 durchgeführte Reform des Artikels 135 zu sehen, die – ohne Einbezug der Bevölkerung – von PSOE und PP ermöglicht wurde und die »Verschuldungs- und Defizitkriterien des europäischen

In »zahlreichen Haushalten [wurden] [...] Renten zur einzigen stabilen und sicheren Einnahmequelle« (ebd.: 202). Darüber hinaus bot sich durch den Erhalt von europäischen Mitteln aus dem ESM »a window of opportunity for the promotion of significant reforms in key fields of social protection« (Papadopoulos/Roumpakis 2015: 200). Dies umfasste Einschnitte in soziale Unterstützungsleistungen (zum Beispiel Kürzung der Rentenzahlungen) und in das Gesundheitssystem (zum Beispiel Rückzug staatlicher Investitionen). Auch Arbeitsmarktreformen und Privatisierungen von Unternehmen waren eine Folge (vgl. ebd.). Hieraus ergab sich, dass bis ins Jahr 2018 »[l]a tasa de desempleo se mantuvo por encima de 20 % desde el año 2010, los salarios han retrocedido diez años, y [...] [se] han reducido las prestaciones del sistema de bienestar« (García-Albacete/Lorente/Martín 2018: 75).

Es kam zu einer weiteren Verschiebung der »Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit [...] zugunsten des Kapitals, die Machtressourcen der spanischen Gewerkschaften wurden geschwächt [...]« (Huke 2017: 106). In besonderem Maße betroffen von der schlechten Arbeitsmarktsituation und damit einhergehenden Perspektivlosigkeit war in erster Linie die spanische Jugend. Im Jahr 2014 steigerte sich die Arbeitslosigkeit dieser gesellschaftlichen Gruppe auf über 50 Prozent (vgl. Sievering 2015: 13). Junge Arbeitnehmer, die in einem Beschäftigungsverhältnis standen, »no solo tienen salarios más bajos, si-no que la legislación permite que encadenen contratos en prácticas sin remuneración, aun teniendo altos niveles de formación« (García-Albacete/Lorente/

---

Stabilitäts- und Wachstumspakts [...] in der spanischen Verfassung verankerte« (Huke 2017: 157). Abweichungen von diesen Kontrollmechanismen der öffentlichen Ausgaben konnten in der Folge nur noch im Falle von Naturkatastrophen oder ähnlichen Notsituationen durch eine absolute Mehrheit des Parlaments verabschiedet werden (vgl. ebd.).

Martín 2018: 75).<sup>68</sup> Auf der einen Seite setzte ein *brain drain*<sup>69</sup> vieler gut ausgebildeter junger Nachwuchskräfte ein – etwas mehr als eine Million Jugendliche wanderten seit 2012 ins Ausland aus. Auf der anderen Seite waren junge Erwachsene dazu gezwungen, wieder ins (groß-)elterliche Haus zurückzukehren (vgl. Simsa 2016: 101). Diese Entwicklung war und ist besorgniserregend, weil Qualifikationen verloren gehen oder gar nicht erst gebildet werden und sich eine starke Enttäuschung oder Frustration in der (jungen) Bevölkerung entwickeln konnte. Mit anderen Worten: Es ging wichtiges »Humankapital« für die betroffenen Gesellschaften verloren (vgl. Sievering 2015: 12). Obwohl Spanien – wie andere südeuropäische Länder auch – seit jeher mit hohen Arbeitslosenquoten unter der Jugend konfrontiert war und nie dauerhaft geeignete Strategien oder ausdifferenzierte Berufswege entwickelte (vgl. Chislett 2016: 32), diesbezüglich also ein »beinahe chronische[s] Problem« (Orosz 2009: 70) bestand,<sup>70</sup> war und ist die Gefahr, dass diese Tendenz systemisch werden würde, mit zunehmender Krisendauer deutlich erhöht.

Zusätzlich zur instabilen Situation auf dem spanischen Arbeitsmarkt wurde die eigenständige Wirtschaftsleistung im unternehmerischen Bereich mit der Dauer der Krise weitestgehend von internationalen Unternehmen aufgekauft (vgl. Huke 2017: 108). So basierte ein Großteil der spanischen Industrie auf sogenannten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU),

- 
- 68 Bernecker macht insbesondere in der anhaltenden beruflichen Perspektivlosigkeit für junge Spanier ein systemisch-strukturelles Defizit aus. So produziert das spanische »Bildungssystem [...] zwar viele Hochschulabsolventen; diese sind aber häufig schlecht ausgebildet, und sehr viele von ihnen finden allenfalls in fachfremden Berufen eine Anstellung« (Bernecker 2018: 338). Zusätzlich problematisch ist die hohe Ausbildungs- und Schulabbruchquote, die bereits seit Ende der 1990er Jahre besteht und durch die Fehlanreize der spanischen Arbeitsmarktpolitik (v.a. im Immobilien-/Bausektor) verursacht wird. Von der Krisenauswirkung besonders betroffen, sind diejenigen, die weder einen Ausbildungsabschluss noch die Möglichkeit hatten, sich den eigenen Lebensunterhalt zu erwirtschaften, sodass die Bezeichnung der *generación ni-ni* (Generation *weder-noch*, eigene Übersetzung) für diese Bevölkerungsgruppe im Zuge der Krisensituation aufkam (vgl. ebd.).
- 69 Problematisch ist hierbei die Situation für den hochqualifizierten Nachwuchs, der aufgrund der Einsparungen und der verschlechterten Anstellungs- und Karriereperspektiven an Universitäten und innerhalb des spanischen Wissenschaftssystems zunehmend ins Ausland abwanderte (vgl. DAAD 2017: 8).
- 70 Orosz verweist darauf, dass bereits bei der Rezession Anfang der 1990er Jahre die spanische Jugendarbeitslosigkeit bei fast 40 Prozent lag, was sich schon damals auf die Krisenanfälligkeit der spanischen Wirtschaft zurückführen ließ (vgl. Orosz 2009: 69f.).

die über wenig eigene Mittel und nur eingeschränkte Möglichkeiten der Kreditsubventionierung verfügten (vgl. Sotelo 2014: 178, vgl. Bernecker 2012: 224). Wirkliche Investitionen in zukunftstragende Bereiche wie neue Technologien, Forschung und Innovation waren kaum möglich. Darunter litt die Wettbewerbsfähigkeit (vgl. Huke 2017: 98).<sup>71</sup> Bis heute fehlen »Spanien die Investitionen, die Technologie oder ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte [...]« (ebd.: 108). Um für ein nachhaltiges ökonomisches Wachstum sorgen zu können,<sup>72</sup> sind Spanien zudem »die Möglichkeiten, eine alternative Entwicklungsstrategie durchzusetzen sowie aktive industriepolitische Strukturreformen zu verfolgen, durch das europäische Austeritätsregime verstellt [...]« (ebd.: 109).

Zu diesen prekären gesellschaftlichen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise kommt eine weitere innerspanische Problematik, die eine zusätzliche innenpolitische Destabilisierung erwirkte. Diese betrifft eine zunehmende Unzufriedenheit mit der Zentralregierung bis hin zu Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner Autonomieregionen (insbesondere im Baskenland und Katalonien). Entfacht wurden diese Tendenzen vor allem an Konflikten mit der Regierungspolitik in Madrid und den regional-ökonomischen Unterschieden:

»Der binnennationalistische Konflikt zwischen dem spanischen Staat und den ›historischen Regionen‹ Baskenland, Katalonien oder auch Galicien [...] scheint eine neue, wenn auch keineswegs eindeutige Entwicklungs dynamik aufzunehmen.« (Eser 2013: 200)

Vor allem der Konflikt zwischen der Zentralregierung in Madrid und der Autonomieregion Katalonien avancierte in jüngster Zeit zu einem destabilisie-

---

71 Trotz der leichten wirtschaftlichen Erholung, die bereits 2014 einsetzte, wurde der Forschungs-, Innovations- und Bildungssektor weitestgehend vernachlässigt. So investierte die spanische Regierung 2017 gerade einmal 1,47 Prozent des BIP in Forschung und Innovation. 2008 lag dieser Wert noch bei 2,7 Prozent (vgl. Fernández-Zubieta/Ramos-Vielba/Zacharewicz 2017: 17). Zwar hatten in den Wahlen 2016 alle Parteien ein Investitionsziel von 2 Prozent für Forschung und Innovation angegeben, allerdings blieb die Umsetzung aus (vgl. DAAD 2017: 13).

72 Die Konsolidierung der spanischen Wirtschaft wurde weiterhin primär über krisenanfällige Bereiche des Dienstleistungs- und Tourismussektors und spanische Exporte ermöglicht (vgl. Huke 2017: 107).

renden Risikofaktor für den spanischen Staat<sup>73</sup> (vgl. Huke 2017: 211). Diese Autonomiebestrebungen entwickelten sich zu einer katalanischen Unabhängigkeitsbewegung, die seit 2015 immer wieder für innenpolitische Destabilisierung sorgte und von der spanischen Regierung teilweise mit rigiden Mitteln unterbunden wurde (vgl. Carmele 2019: 2).<sup>74</sup> Nicht nur vor diesem historischen innenpolitischen Konflikt kann die wirtschaftlich angespannte Lage Spaniens seit 2008 als Katalysemoment für politische Veränderungsprozesse innerhalb des Landes angesehen werden.

### 3.3 Umbrüche und Neuordnung der Parteienlandschaft

2008 wirkte sich nicht nur sozial und ökonomisch, sondern auch politisch aus, da sich verschiedene Teilkrisen überlagerten.<sup>75</sup> Schließlich hatte die Krise nicht nur »contribuido a empeorar la situación económica de los ciudadanos, sino que ha cambiado su relación con la política« (García-Albacete/Lorente/Martín 2018: 75). Die veränderte Relation zwischen der

- 
- 73 Ähnlich wie für Katalonien sehen auch die extremen nationalistischen Stimmen im Baskenland den spanischen Staat als primären ›Verunmöglicher‹ des Aufbaus eines eigenen regionalen Wohlfahrstaates. Die nationale Unabhängigkeit wird zur unbedingten Notwendigkeit für die eigene ökonomische Stabilität und Souveränität stilisiert (vgl. Eser 2013: 204f.). So führt Sotelo beispielsweise die katalanischen Unabhängigkeitsbestrebungen direkt auf die Wiedererlangung eines verloren gegangenen privilegierten wirtschaftlichen Status der Region zurück: »[La presión nacionalista] [e]stá ligado al deterioro del modelo industrial [...] al haber perdido la posición que desde el siglo XIX había ocupado [Cataluña] en la Península: ser cabeza y motor de la economía.« (Sotelo 2014: 127)
- 74 Im Rahmen dieser Untersuchung kann nicht weiter auf die speziellen historisch-politischen Konfliktlinien zwischen den Autonomieregionen Katalonien, Baskenland und dem spanischen Staat eingegangen werden. Für einen ersten Einblick in die ko-föderalsystemische Problemlage des spanischen Staates mit den Autonomieregionen und Unabhängigkeitsbestrebungen siehe Sotelo (2014: 125-138). Für die Darlegung der kulturhistorischen Ursprünge der Konfliktlinien siehe bspw. Bernecker (2018: 346-359) oder Elorza (2009).
- 75 Siehe hierzu auch Bernecker: »Ein Charakteristikum der 2008 als Wirtschafts- und Finanzkrise begonnen und seit 2014 sich allmählich lindernden Krise war die Überlagerung verschiedener Teilkrisen: Es begann mit einer wirtschaftlichem sozialen und Verschuldungskrise, die sich bald zu einer Krise des Staatsmodells mit Regierbarkeitsproblemen fortentwickelte, sich mit einer Krise der politischen Führung überlappte [...] und schließlich in einer Glaubwürdigkeitskrise [...] mündete« (Bernecker 2018: 341).

spanischen Gesellschaft und der spanischen Politik schlug sich in zwei verschiedenen Artikulationsweisen nieder: Frustration (bis hin zu Wut) und Vertrauensverlust. Dies nicht nur angesichts der rigiden Sparmaßnamen, die ab 2010/2011 von Seiten der Regierung implementiert wurden sondern auch aufgrund verschiedener Korruptionsfälle, in die sowohl die Partido Popular (PP) als auch die Partido Socialista Obrero Español (PSOE) verstrickt waren. Dies schwächte das Vertrauen in die politischen Instanzen zusätzlich deutlich ab.<sup>76</sup>

Folglich brachen in den Krisenjahren »das Vertrauen in Parlament, Parteien und Regierungen sowie die Demokratiezufriedenheit deutlich ein« (Huke 2017: 154). Gleichermassen indizierten diese Vertrauens- bzw. Legitimitätskrise und damit verbundene Wut allerdings im Unterschied zu manch anderen europäischen Ländern keine rechtspopulistischen Tendenzen, sondern löste eine bis dato noch nicht dagewesene Dynamik aus: ein gesteigertes politisches Interesse und einen hohen Grad an politischer Aktivität innerhalb der Bevölkerung (vgl. Albacete/Lorente/Martín 2018: 75).<sup>77</sup> Ab 2011 kam es zur Ausdifferenzierung des politisch-repräsentativen Systems in Spanien sowie zur »Stärkung der Zivilgesellschaft, des politischen Engagements und der Solidarität« (Simsa 2016: 102). So katalysierten die verschiedenen Teilkrisen eine »Legitimitätskrise des gesamten politischen Systems [...], deren Folge die Entstehung neuer sozialer und politischer Formationen war, die z.T. eine Gesamttransformation der spanischen Demokratie anstrebten« (Bernecker 2018: 341).

Das seit den 1980er Jahren bis Ende der 2000er Jahre vorherrschende Zweiparteiensystem von PP und PSOE, die wechselseitig die spanische Regierung stellten, konnte seine Vormachtstellung und ein damit verbundenes System von Begünstigungen nicht mehr behaupten. Beide Parteien gerieten

76 Exemplarisch können hier die Korruptionsskandale rund um den ›ERE‹ in Andalusien (massiver Missbrauch von öffentlichen Geldern durch die PSOE-Regionalregierung) oder der Fall ›Gürtel‹ (hohe Gegenleistungen für Aufträge der öffentlichen Hand unter der PP-Regierung) aufgeführt werden (vgl. Bernecker 2018: 344).

77 Obwohl bis in die frühen 2000er Jahre hinein das politische System von mehr oder weniger offensichtlichen Korrumpierungen und Diensten im Sinne der Vetternwirtschaft geprägt war (vgl. Orosz 2009: 54), blieb eine wirkliche politische Reaktion der Bevölkerung aus. So schien »ein kritisches Demokratiebewusstsein in der Bevölkerung [...] als unterentwickelt« (ebd.). Erst die Austeritätsentwicklungen rund um die Finanzkrise ab 2008 katalysierten eine breite politische Mobilisierung innerhalb der spanischen Bevölkerung.

zusehends unter Druck.<sup>78</sup> So sahen im Jahr 2011 gerade einmal knapp 20 Prozent der Bevölkerung ihre Interessen durch die beiden Parteien vertreten. Die Mehrheit identifizierte die politische Elite gar als drittgrößtes Problem des Landes (vgl. Huke 2017: 160). Die Diversifizierung der spanischen Politik wurde maßgeblich durch die Europawahlen (2014) und die Generalwahlen (2015) vorangetrieben, bei denen die 2014 gegründete Partei *Podemos* einen entscheidenden Stimmenzuwachs für sich verzeichnen konnte: »Podemos [...] rompería [...] el tradicional dominio bipartidista que PSOE y PP venían ejerciendo desde lustros atrás, inaugurando un sistema multipartidista« (Real-Dato 2018: 129).

Es scheint, als ob die politische Unzufriedenheit und Entfremdung, die Indifferenz zwischen den Altparteien und die massiven Einschnitte in der Lebensrealität der Bürger aus den Krisenjahren Artikulations- und Repräsentationsräume für neue Parteien ermöglicht hätten (vgl. Torcal/Serani 2018: 173). So gelang es *Podemos*, enttäuschte Wähler oder Nicht-Wähler für sich zu gewinnen. Sie schafften es, das seit 2011 vorherrschende und sich über diverse bürgerliche Protestbewegungen (wie 15-M/Indignados) artikulierende Gefühl der Unzufriedenheit für ihre Zwecke zu kanalisieren beziehungsweise politisch zu repräsentieren (vgl. Real-Dato 2018: 136).

Welche diskursiven Materialisierungsprozesse und Konfliktlinien eine derartig gestalterische Rückwirkung auf beziehungsweise Ausdifferenzierung von Repräsentationsweisen und (gesellschaftlicher) Kollektivbildung entfalten konnten und welchen nachhaltigen Einfluss sie ausübten, wird nachfolgend diskursanalytisch aufgeschlüsselt. Es wird folglich zu prüfen sein, inwiefern gerade neue Kollektiv-Bewegungen als diskursive Impulse im Sinne eines »eröffnende[n] Nein[s]: [...] auf der Möglichkeit und Notwendigkeit politischer Veränderung und einer demokratischen Fundierung von Politik [bestehen]« (Huke 2017: 223).

---

78 Die politische Macht in Spanien war auf diese beiden Parteien zentriert (vgl. Huke 2017: 150f.), was jahrzehntelang zu systemischer Intransparenz und Lobbybemühungen führte. Denn »[i]n Kombination mit fehlender Transparenz und einer starken Zentralisierung begünstigte dies Korruption und die Verselbstständigung zentralstaatlicher und regionaler Eliten [...]« (ebd.: 151).

